

Zur geplanten Einkommensteuerreform 2002: Nachbesserungen notwendig	841
Konjunkturelle Entwicklung schwächt sich weiter ab — Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaft- lichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1998	853
Verarbeitendes Gewerbe: Aufschwung deutlich verlangsamt	865
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47-48/98

Berlin

19. November 1998

65. Jahrgang

Zur geplanten Einkommensteuerreform 2002: Nachbesserungen notwendig

Die Pläne der neuen Bundesregierung zu einer Reform der Einkommensteuer sind in der Öffentlichkeit bereits heftig kritisiert worden, noch ehe sie in allen Einzelheiten bekannt sind. Die Entlastung komme zu spät und ginge nicht weit genug; die Belastungen infolge der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen träfen vor allem die Unternehmen und führten zu negativen Anreizen für Wachstum und Beschäftigung; die Beschränkung des Ehegattensplittings bedrohe die wirtschaftliche Basis der Familien — so lauten die wichtigsten Vorwürfe. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die Pläne durchaus einen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Allerdings entspricht die zeitliche Staffelung nicht den konjunkturellen Erfordernissen.

Nachdem die wiederholten Initiativen der alten Bundesregierung am Widerstand der Bundesländer gescheitert waren, hat die Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen ihrerseits einen Anlauf für eine Einkommensteuerreform unternommen. Über das Erfordernis einer solchen Reform bestand seit vielen Jahren Konsens, und es wurde auch weithin die Notwendigkeit gesehen, die Steuersätze zu senken und die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern. Über Akzente und Einzelheiten wurde indessen heftig gestritten; dabei standen auch verteilungspolitische Gesichtspunkte im Vordergrund.

Auf der Basis des Koalitionsvertrages wurde bereits ein Referentenentwurf vorgelegt. Vorgesehen ist eine Einkommensteuerreform in drei Schritten:

— Zusätzlich zu der bereits im Jahressteuergesetz 1996 beschlossenen Erhöhung des Grundfreibetrages um 700 DM auf 13 000 DM sollen von Anfang 1999 an die Steuersätze gesenkt werden. Dies betrifft den Einkommenssteuersatz (von 25,9 auf 23,9 %) sowie den Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte (von 47 auf 45 %) und den Körperschaftsteuersatz (von 45 auf

40 %). Zugleich ist geplant, die Bemessungsgrundlagen der Besteuerung zu verbreitern. Die daraus per saldo zu erwartenden Mehreinnahmen sollen die vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM für das erste und zweite Kind finanzieren.

- In der zweiten Stufe vom Jahre 2000 an sollen der Grundfreibetrag weiter auf 13 500 DM heraufgesetzt und die Steuersätze neuerlich gesenkt werden, und zwar der Einkommenssteuersatz auf 22,9 % und der Spitzensteuersatz von 53 auf 51 %, für gewerbliche Einkünfte von 45 auf 43 %. Die damit verbundenen Mindereinnahmen sollen wiederum durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziert werden.
- In der dritten Stufe, die am 1.1. 2002 beginnen soll, werden der Grundfreibetrag um weitere 500 DM auf 14 000 DM erhöht und die Steuersätze nochmals gesenkt. Der Einkommenssteuersatz soll dann 19,9 % betragen, der Spitzensteuersatz 48,5 %. Zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sind weitere Maßnahmen vorgesehen. Einbußen bei den Einnahmen bringt die geplante Erhöhung des Kindergeldes für die beiden

ersten Kinder um 10 DM auf 260 DM.¹ Per saldo soll es auf dieser Stufe zu einer Nettoentlastung von insgesamt 15 Mrd. DM kommen.

Im Zuge der mehrstufigen Reform ist eine Reihe von Einzelmaßnahmen vorgesehen, die der Ausweitung der Steuerbasis dienen und zugleich das Steuerrecht vereinfachen sowie einige Steuersubventionen abbauen sollen. Diese Maßnahmen zielen auf die Beseitigung der Steuerfreiheit für verschiedene Einnahmen, die Versteuerung von spekulativen Veräußerungsgewinnen, auf die Einengung der unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gewinnermittlung — bei Orientierung an internationalen Gepflogenheiten — sowie auf die Abschaffung einer Reihe von Sonderregelungen für die einzelnen Einkunftsarten. Darunter fallen auch die Begrenzung des Verlustausgleiches zwischen verschiedenen Einkunftsarten im Wege einer Mindestbesteuerung und die Halbierung des Sparerfreibetrags für Zinseinkünfte auf 3 000/6 000 DM. Angekündigt ist auch die Kappung der Steuervorteile beim Ehegattensplitting.

Darüber hinaus ist geplant, das Unternehmenssteuerrecht so rasch wie möglich umzugestalten: Unternehmens-einkünfte sollen generell, d.h. unabhängig von der Rechtsform der Unternehmen, vom Jahre 2000 an mit einem Steuersatz von höchstens 35 % belegt werden. Die Körperschaftsteuer wäre entsprechend anzupassen.

Vergleicht man den Katalog der Einzelmaßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen mit den von der früheren Regierung geplanten Maßnahmen², so zeigt sich eine breite Übereinstimmung. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Behandlung von einkunftsspezifischen Sonderregelungen als auch auf die von Spekulationsgewinnen sowie auf die Beseitigung von Steuerfreiheiten. Im Bereich der Gewinnermittlungsvorschriften kommen im Vergleich zu den nicht realisierten Petersberger Steuervorschlägen vom Januar 1997 Maßnahmen hinzu, die Einschränkungen bei der Inanspruchnahme und Bewertung von Rückstellungen sowie die Behandlung der aufgedeckten stillen Reserven betreffen. Allerdings wird auf die Verschlechterung der allgemeinen Abschreibungsbedingungen verzichtet, so daß es im Zuge der Reform nicht zu negativen Anreizwirkungen für Investitionen in Sachanlagen kommt.

Anders als bei den Petersberger Beschlüssen der früheren Koalition finden sich im Gesetzentwurf der neuen Regierung keine Maßnahmen mehr, die auf die stärkere Einbeziehung von Transfereinkommen, vor allem Altersrenten, in die Besteuerung zielen. Auch soll es bei der teilweisen Steuerfreiheit der Zuschläge von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und der Steuerfreiheit für Zuschüsse des Arbeitgebers zu Fahrten zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln bleiben.

Für den Maßnahmenkatalog, um den im einzelnen noch gerungen wird, werden nach den bislang bekannt gewordenen Plänen Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt rund 40 Mrd. DM veranschlagt. Davon entfallen als spezifi-

sche Maßnahmen auf die Land- und Forstwirtschaft knapp 0,7 Mrd. DM, den Finanzsektor gut 3,5 Mrd. DM und die Kernkraftwerke knapp 1,4 Mrd. DM. Dem übrigen Unternehmenssektor ist knapp die Hälfte der Mehrbelastungen zuzurechnen (rund 20 Mrd. DM), die privaten Haushalte, darunter nicht zuletzt Besserverdienende, würden rund zwei Fünftel der Zusatzlast aufzubringen haben. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage träfe also nicht allein die Unternehmen.

Das Reformprogramm ist unter allokativen, distributiven und stabilitätspolitischen Gesichtspunkten zu bewerten. Hierzu werden vor allem steuersystematische Betrachtungen angestellt und der vorgeschlagene Steuertarif näher analysiert. Die Untersuchung beschäftigt sich auch mit der Frage einer angemessenen Ausgestaltung des Ehegattensplittings — eines Problems, das die Bundesregierung neu regeln will. Nicht berücksichtigt werden die Wirkungen der vorgesehenen Energiesteuer.

Steuersystematische Aspekte

Mit der geplanten Steuerreform ist eine Abkehr von traditionellen Grundsätzen im deutschen Einkommensteuersystem verbunden. Bis jetzt ist es auf die individuelle Leistungsfähigkeit ausgerichtet, wobei die Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung sichergestellt wird, indem die verschiedenen Einkunftsarten gleichbehandelt werden. Aus Gründen der Rechtsformneutralität besteht zudem eine Korrespondenz zwischen der Besteuerung von Einkommen und derjenigen von Unternehmensgewinnen. Dafür spricht auch ein Interessenausgleich zwischen Kapitalgesellschaften und Anteilseignern sowie die Bedeutung der Kapitalmärkte für die effiziente Allokation von reinvestierten Gewinnen. Diese Traditionen sind in der Praxis allerdings vielfach durchbrochen worden. So gibt es Ausnahmeregelungen für land- und forstwirtschaftliche Einkünfte sowie vielfältige Lenkungs Vorschriften für eine steuerunschädliche oder steuermindernde Verwendung von Einkünften. Hohe Freibeträge entziehen große Teile der Zinseinkommen der Besteuerung. Außerdem wird für Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit ein ermäßigter Spitzensteuersatz zugrunde gelegt.

Durch die von der neuen Regierung geplante Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wird ein Teil dieser Ungleichbehandlungen zwar beseitigt, so daß dadurch ein Schritt zu einer einheitlicheren und gleichmäßigeren

¹ Da das Kindergeld von der Steuer abgezogen wird, führt seine Erhöhung zu einer Minderung der Steuereinnahmen.

² Unter Vorsitz des Bundesministers der Finanzen hatte eine Steuerreform-Kommission ein Konzept erarbeitet, das als Petersberger Steuervorschläge am 22.1. 1997 beschlossen worden war. Der Gesetzentwurf der früheren Bundesregierung basierte auf diesen Vorschlägen. Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/7480, Entwurf eines Steuerreformgesetzes.

Besteuerung getan wird. Zugleich werden aber Elemente in das Steuerrecht eingeführt oder verstärkt, die dem entgegenwirken.

Dies gilt einmal für die Behandlung der Unternehmens-einkünfte, die künftig generell mit einem einheitlichen Höchststeuersatz von 35 % besteuert werden sollen. Die Gleichbehandlung mit anderen Einkunftsarten und die Korrespondenz mit den Einkommensteuersätzen wird damit aufgegeben. Zwar soll die Rechtsformneutralität dadurch gewährleistet werden, daß auch Mittelständler, deren Gewinne heute der Einkommensteuer unterliegen, die Option für eine Unternehmensbesteuerung und damit für einen niedrigeren Steuersatz haben. Ein Anteilseigner aber wird sein Interesse für Gewinnausschüttungen schwerer durchsetzen können als gegenwärtig, da einbehaltene Gewinne in der Regel nun wesentlich geringer besteuert werden als ausgeschüttete im Rahmen der Einkommensbesteuerung. Damit verliert die „Schütt-aus-Hol-zurück“-Regel, die auf eine effiziente Allokation finanzieller Ressourcen mit Hilfe der Finanzmärkte setzt, an Bedeutung. Indem diese Nachteile in Kauf genommen werden, wird freilich eine größere Gestaltungsfreiheit gewonnen, die es erlaubt, auf den internationalen Steuerwettbewerb zu reagieren, ohne zugleich auf der Einnahmenseite stark unter Druck zu geraten. Denn in wichtigen Konkurrenzländern wird keine strenge Koppelung von Einkommensbesteuerung natürlicher Personen und Unternehmensbesteuerung praktiziert.

Mit der Einführung einer Mindestbesteuerung wird zum anderen davon abgerückt, die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers an dem Gesamtbetrag seiner Einkünfte aus den verschiedenen Einkunftsarten zu messen. Zu diesem Konzept gehört es, Verluste aus einzelnen Quellen mit Überschüssen aus anderen Quellen zu verrechnen. Der Anreiz, Aktivitäten in Bereiche zu lenken, die das Risiko von Verlusten bergen, dürfte damit erheblich beschnitten werden. In der Vergangenheit sind die Möglichkeiten, durch Verlustzuweisungen aus bestimmten Kapitalanlagen das zu versteuernde Einkommen aus der Haupterwerbstätigkeit merklich zu senken und damit den Progressionseffekt zu mildern, allerdings gerade den Besserverdienenden als „Steuerschnäppchen“ verkauft worden. Nutznießer waren hier in erster Linie die Anlagegesellschaften, während die Rendite der Anleger selbst unter Einschluß der Steuerersparnis häufig nur bescheiden ausfiel. Diese Steuersparmodelle basierten oft auf besonderen Anreizen, die der Staat für die gezielte Verwendung von Sparkapital bereitstellte, z.B. Sonderabschreibungen für Investitionen in Ostdeutschland oder für Investitionen in den Schiffbau. Sollten dadurch Mittel fehlgeleitet worden sein, ist dies nicht dem Verlustausgleich, sondern diesen Anreizen selbst zuzurechnen, so daß hier der Ansatz für eine Revision zu sehen ist. Denn solange es nicht zu einer Fehlsteuerung kommt, schwächt die Begrenzung des Verlustausgleichs die eigentlich gewünschte Wirkung ab.

Gestaltung des Einkommensteuertarifs

Aus den im Koalitionsvertrag niedergelegten und in den Verhandlungen diskutierten Eckwerten des Einkommensteuertarifs lassen sich die Tarifverläufe für die einzelnen Stufen der Reform ableiten. Sie machen deutlich, daß es zu einer merklichen Entlastung breiterer Schichten von Einkommensbeziehern erst in der letzten Stufe der Reform, also im Jahre 2002, kommt.

Für das Jahr 1999 wirkt vor allem die Erhöhung des Grundfreibetrages — sie wurde bereits mit dem Steuergesetz 1996 beschlossen — entlastend. Auch die Einführung einer eng begrenzten Zone mit niedrigem Eingangsteuersatz und vergleichsweise steil steigendem Grenzsteuersatz zusätzlich zu den zwei linear-progressiven Stufen, die aus dem geltenden Recht übernommen werden, geht in diese Richtung. Davon werden hauptsächlich Geringverdienende begünstigt.

- Nach der Grundtabelle reduziert sich die Steuerschuld (einschl. Solidaritätszuschlag) bei einem Bruttoeinkommen von 25 000 DM im Jahr um rund 230 DM oder knapp 15 % (Tabelle 1). Bei einem Bruttojahreseinkommen von 65 000 DM beträgt die Entlastung für einen Alleinstehenden ohne Kinder nur noch 76 DM oder gerade 0,5 % gegenüber der Steuerschuld im geltenden Recht. Für höhere Einkommen sind die Entlastungen marginal.
- Bei Ehepaaren mit einem Alleinverdiener ohne Kinder (Steuerklasse III/0) verschiebt sich die Einkommensgrenze, bis zu der für das nächste Jahr Entlastungen erwartet werden können, infolge des Splitting-Effekts im Vergleich zur Grundtabelle nach oben. Auch dies ist im wesentlichen auf die Erhöhung des Grundfreibetrags zurückzuführen, die beiden Ehepartnern zugute kommt. Bei einem Einkommen von jährlich 35 000 DM würde keine Steuerschuld mehr bestehen (vorher 308 DM); der Vorteil nimmt kontinuierlich ab, und bei Einkommen von über 130 000 DM jährlich ergäbe der Tarif 1999 gegenüber dem geltenden Recht nur noch eine Entlastung von rund 100 DM (Tabelle 2).
- Bei Steuerpflichtigen mit Kindern führt im wesentlichen die Erhöhung des Kindergeldes, die mit der Steuerschuld verrechnet wird, zu etwas stärkeren Entlastungen im Bereich unterer und mittlerer Einkommen. So fällt die Steuerschuld von Ehepaaren mit einem Alleinverdiener und zwei Kindern bei einem Bruttoeinkommen von 90 000 DM um rund 1 150 DM oder gut 10 % geringer aus als im geltenden Recht. Wenn man — wie hier — annimmt, daß an einem steuerlichen Kinderfreibetrag festgehalten und dieser entsprechend der Steigerung des Kindergeldes angehoben wird, ergeben sich auch für höhere Einkommen von Familien mit Kindern noch — allerdings abnehmende — relativ geringfügige Entlastungen. So würden Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von 250 000 DM gut 1 100 DM (1,4 %) weniger an Einkommensteuer zahlen.

Tabelle 1

Auswirkungen des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Tarifs für 1999, 2000 und 2002 im Vergleich zum Tarif 1998
Ledige ohne Kinder (Steuerklasse 1/0)

Brutto- jahres- Einkommen	1998			1999				2000				2002			
	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998
DM	DM			DM				DM				DM			
							%				%				%
20 000	407	0	407	209	0	209	-198	99	0	99	-308	0	0	0	-407
25 000	1 526	0	1 526	1 299	0	1 299	-227	1 119	0	1 119	-407	869	0	869	-657
30 000	2 873	158	3 031	2 646	146	2 792	-239	2 388	131	2 519	-512	2 034	112	2 146	-885
35 000	4 466	246	4 712	4 246	234	4 480	-232	3 918	215	4 133	-578	3 450	190	3 640	-1 072
40 000	6 035	332	6 367	5 828	321	6 149	-218	5 453	300	5 753	-614	4 882	269	5 151	-1 216
45 000	7 557	416	7 973	7 367	405	7 772	-200	6 964	383	7 347	-626	6 301	347	6 648	-1 325
50 000	9 108	501	9 609	8 940	492	9 432	-177	8 525	469	8 994	-615	7 775	428	8 203	-1 406
55 000	10 722	590	11 312	10 580	582	11 162	-150	10 171	559	10 730	-581	9 337	514	9 851	-1 461
60 000	12 381	681	13 062	12 272	675	12 947	-115	11 883	654	12 537	-525	10 971	603	11 574	-1 488
65 000	14 068	774	14 842	13 996	770	14 766	-76	13 644	750	14 394	-447	12 658	696	13 354	-1 488
70 000	15 836	871	16 707	15 789	868	16 657	-50	15 491	852	16 343	-364	14 435	794	15 229	-1 478
75 000	17 661	971	18 632	17 617	969	18 586	-46	17 385	956	18 341	-291	16 263	894	17 157	-1 475
80 000	19 582	1 077	20 659	19 538	1 075	20 613	-46	19 366	1 065	20 431	-228	18 183	1 000	19 183	-1 476
85 000	21 580	1 187	22 767	21 536	1 184	22 720	-46	21 415	1 178	22 593	-174	20 175	1 110	21 285	-1 482
90 000	23 632	1 300	24 932	23 588	1 297	24 885	-46	23 508	1 293	24 801	-131	22 216	1 222	23 438	-1 494
95 000	25 782	1 418	27 200	25 738	1 416	27 154	-46	25 691	1 413	27 104	-96	24 351	1 339	25 690	-1 510
100 000	27 985	1 539	29 524	27 941	1 537	29 478	-46	27 917	1 535	29 452	-72	26 533	1 459	27 992	-1 532
105 000	30 287	1 666	31 953	30 244	1 663	31 907	-45	30 234	1 663	31 897	-56	28 811	1 585	30 396	-1 557
110 000	32 667	1 797	34 464	32 623	1 794	34 417	-46	32 618	1 794	34 412	-52	31 160	1 714	32 874	-1 590
115 000	35 096	1 930	37 026	35 052	1 928	36 980	-46	35 044	1 927	36 971	-55	33 552	1 845	35 397	-1 629
120 000	37 628	2 070	39 698	37 584	2 067	39 651	-46	37 563	2 066	39 629	-69	35 988	1 979	37 967	-1 730
125 000	40 208	2 211	42 419	40 164	2 209	42 373	-46	40 096	2 205	42 301	-118	38 397	2 112	40 509	-1 911
130 000	42 867	2 358	45 225	42 824	2 355	45 179	-45	42 657	2 346	45 003	-223	40 833	2 246	43 079	-2 147
135 000	45 500	2 503	48 003	45 457	2 500	47 957	-45	45 191	2 486	47 677	-327	43 242	2 378	45 620	-2 383
140 000	48 162	2 649	50 811	48 119	2 647	50 766	-45	47 752	2 626	50 378	-434	45 678	2 512	48 190	-2 622
145 000	50 824	2 795	53 619	50 781	2 793	53 574	-45	50 313	2 767	53 080	-539	48 114	2 646	50 760	-2 859
150 000	53 457	2 940	56 397	53 414	2 938	56 352	-45	52 847	2 907	55 754	-644	50 523	2 779	53 302	-3 095
160 000	58 751	3 231	61 982	58 708	3 229	61 937	-45	57 942	3 187	61 129	-855	55 368	3 045	58 413	-3 570
170 000	64 075	3 524	67 599	64 032	3 522	67 554	-45	63 064	3 469	66 533	-1 067	60 240	3 313	63 553	-4 046
180 000	69 370	3 815	73 185	69 327	3 813	73 140	-45	68 159	3 749	71 908	-1 278	65 085	3 580	68 665	-4 521
190 000	74 664	4 107	78 771	74 621	4 104	78 725	-45	73 254	4 029	77 283	-1 489	69 930	3 846	73 776	-4 995
200 000	79 959	4 398	84 357	79 916	4 395	84 311	-45	78 349	4 309	82 658	-1 699	74 775	4 113	78 888	-5 469
210 000	85 254	4 689	89 943	85 211	4 687	89 898	-45	83 444	4 589	88 033	-1 910	79 620	4 379	83 999	-5 944
220 000	90 577	4 982	95 559	90 534	4 979	95 513	-45	88 566	4 871	93 437	-2 122	84 492	4 647	89 139	-6 420
230 000	95 872	5 273	101 145	95 829	5 271	101 100	-45	93 661	5 151	98 812	-2 333	89 337	4 914	94 251	-6 894
240 000	101 166	5 564	106 730	101 123	5 562	106 685	-45	98 756	5 432	104 188	-2 544	94 182	5 180	99 362	-7 369
250 000	106 461	5 855	112 316	106 418	5 853	112 271	-45	103 851	5 712	109 563	-2 755	99 027	5 446	104 473	-7 844

¹⁾ Für die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens werden die folgenden Abzugsbeträge vom Bruttoeinkommen abgesetzt: die Vorsorgepauschale (maximal 3888 DM + evtl. nicht ausgeschöpfter Vorwegabzug), der Arbeitnehmerfreibetrag (2000 DM) und der Sonderausgabenpauschbetrag (108 DM).

Quelle: DIW.

Tabelle 2

Auswirkungen des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Tarifs für 1999, 2000 und 2002 im Vergleich zum Tarif 1998
 Ehepaare mit einem Einkommensbezieher — ohne Kinder (Steuerklasse 3/0)

Brutto- jahres- Einkommen	1998			1999				2000				2002			
	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998	Eink.- Steuer ¹⁾	„Soli“ 5,5 %	Ins- gesamt	Entlastung gegenüber 1998
DM	DM			DM			%	DM			%	DM			%
20 000	0	0	0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
25 000	0	0	0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
30 000	0	0	0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
35 000	308	0	308	0	0	0	-308 -100,0	0	0	0	-308 -100,0	0	0	0	-308 -100,0
40 000	1 326	0	1 326	900	0	900	-426 -32,1	652	0	652	-674 -50,8	326	0	326	-1 000 -75,4
45 000	2 416	0	2 416	1 964	0	1 964	-452 -18,7	1 644	0	1 644	-772 -32,0	1 202	0	1 202	-1 214 -50,2
50 000	3 578	0	3 578	3 124	0	3 124	-454 -12,7	2 730	0	2 730	-848 -23,7	2 188	0	2 188	-1 390 -38,8
55 000	4 938	272	5 210	4 482	247	4 729	-481 -9,2	4 010	221	4 231	-979 -18,8	3 362	0	3 362	-1 848 -35,5
60 000	6 290	346	6 636	5 838	321	6 159	-477 -7,2	5 294	291	5 585	-1 051 -15,8	4 546	250	4 796	-1 840 -27,7
65 000	7 816	430	8 246	7 370	405	7 775	-471 -5,7	6 758	372	7 130	-1 116 -13,5	5 900	325	6 225	-2 021 -24,5
70 000	9 494	522	10 016	9 058	498	9 556	-460 -4,6	8 382	461	8 843	-1 173 -11,7	7 410	408	7 818	-2 199 -22,0
75 000	11 172	614	11 786	10 750	591	11 341	-445 -3,8	10 022	551	10 573	-1 213 -10,3	8 938	492	9 430	-2 357 -20,0
80 000	12 652	696	13 348	12 244	673	12 917	-430 -3,2	11 480	631	12 111	-1 236 -9,3	10 302	567	10 869	-2 479 -18,6
85 000	14 188	780	14 968	13 796	759	14 555	-414 -2,8	13 004	715	13 719	-1 249 -8,3	11 732	645	12 377	-2 591 -17,3
90 000	15 714	864	16 578	15 342	844	16 186	-392 -2,4	14 528	799	15 327	-1 251 -7,5	13 168	724	13 892	-2 686 -16,2
95 000	17 264	950	18 214	16 912	930	17 842	-371 -2,0	16 086	885	16 971	-1 243 -6,8	14 638	805	15 443	-2 770 -15,2
100 000	18 834	1 036	19 870	18 506	1 018	19 524	-346 -1,7	17 676	972	18 648	-1 222 -6,1	16 144	888	17 032	-2 838 -14,3
105 000	20 462	1 125	21 587	20 162	1 109	21 271	-317 -1,5	19 336	1 063	20 399	-1 188 -5,5	17 720	975	18 695	-2 893 -13,4
110 000	22 080	1 214	23 294	21 808	1 199	23 007	-287 -1,2	20 994	1 155	22 149	-1 146 -4,9	19 296	1 061	20 357	-2 937 -12,6
115 000	23 718	1 304	25 022	23 478	1 291	24 769	-253 -1,0	22 684	1 248	23 932	-1 091 -4,4	20 908	1 150	22 058	-2 965 -11,8
120 000	25 416	1 398	26 814	25 210	1 387	26 597	-217 -0,8	24 446	1 345	25 791	-1 023 -3,8	22 592	1 243	23 835	-2 979 -11,1
125 000	27 100	1 491	28 591	26 932	1 481	28 413	-177 -0,6	26 202	1 441	27 643	-947 -3,3	24 274	1 335	25 609	-2 981 -10,4
130 000	28 808	1 584	30 392	28 678	1 577	30 255	-137 -0,5	27 994	1 540	29 534	-859 -2,8	25 994	1 430	27 424	-2 969 -9,8
135 000	30 552	1 680	32 232	30 450	1 675	32 125	-108 -0,3	29 816	1 640	31 456	-776 -2,4	27 746	1 526	29 272	-2 960 -9,2
140 000	32 374	1 781	34 155	32 284	1 776	34 060	-95 -0,3	31 714	1 744	33 458	-696 -2,0	29 574	1 627	31 201	-2 954 -8,6
145 000	34 196	1 881	36 077	34 108	1 876	35 984	-93 -0,3	33 604	1 848	35 452	-625 -1,7	31 400	1 727	33 127	-2 950 -8,2
150 000	36 054	1 983	38 037	35 966	1 978	37 944	-93 -0,2	35 526	1 954	37 480	-557 -1,5	33 258	1 829	35 087	-2 950 -7,8
160 000	39 926	2 196	42 122	39 838	2 191	42 029	-93 -0,2	39 514	2 173	41 687	-435 -1,0	37 126	2 042	39 168	-2 954 -7,0
170 000	43 952	2 417	46 369	43 864	2 413	46 277	-93 -0,2	43 638	2 400	46 038	-331 -0,7	41 138	2 263	43 401	-2 969 -6,4
180 000	48 084	2 645	50 729	47 996	2 640	50 636	-93 -0,2	47 850	2 632	50 482	-247 -0,5	45 246	2 489	47 735	-2 994 -5,9
190 000	52 414	2 883	55 297	52 326	2 878	55 204	-93 -0,2	52 242	2 873	55 115	-181 -0,3	49 904	2 745	52 649	-2 648 -4,8
200 000	56 848	3 127	59 975	56 762	3 122	59 884	-91 -0,2	56 720	3 120	59 840	-135 -0,2	54 749	3 011	57 760	-2 214 -3,7
210 000	61 484	3 382	64 866	61 396	3 377	64 773	-93 -0,1	61 380	3 376	64 756	-110 -0,2	59 594	3 278	62 872	-1 994 -3,1
220 000	66 272	3 645	69 917	66 186	3 640	69 826	-91 -0,1	66 176	3 640	69 816	-101 -0,1	64 465	3 546	68 011	-1 906 -2,7
230 000	71 160	3 914	75 074	71 072	3 909	74 981	-93 -0,1	71 052	3 908	74 960	-114 -0,2	69 310	3 812	73 122	-1 952 -2,6
240 000	76 254	4 194	80 448	76 166	4 189	80 355	-93 -0,1	76 116	4 186	80 302	-146 -0,2	74 156	4 079	78 235	-2 213 -2,8
250 000	81 442	4 479	85 921	81 356	4 475	85 831	-91 -0,1	81 182	4 465	85 647	-274 -0,3	79 001	4 345	83 346	-2 575 -3,0

¹⁾ Für die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens werden die folgenden Abzugsbeträge vom Bruttoeinkommen abgesetzt: die Vorsorgepauschale (maximal 7830 DM + evtl. nicht ausgeschöpfter Vorwegabzug), der Arbeitnehmerfreibetrag (2000 DM) und der Sonderausgabenpauschbetrag (216 DM).

Quelle: DIW.

Der Verlauf des Grenzsteuersatzes zeigt, daß die verhältnismäßig geringfügige Tariferlastung im Jahre 1999 — im Vergleich mit dem Tarif 1998 — mit einer Verschärfung der Progressionswirkung im unteren und mittleren Bereich einhergeht (Abbildung 1). Dies ist einmal zurückzuführen auf die Absenkung des Eingangssteuersatzes für Einkommen bis 17 000 DM, zum anderen auf die Erweiterung des oberen Endes der zweiten Progressionszone auf 66 300 DM.

In der zweiten Stufe wird der Knick in der Progression für mittlere Einkommen beseitigt, so daß der Progressionsbereich des Tarifs zweistufig-linear ausgestaltet wird. Dies prägt zusammen mit der Erhöhung des Grundfreibetrags und der Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes den Tarifverlauf. Im Vergleich zum geltenden Recht liegt der Grenzsteuersatz nun bei Alleinstehenden mit einem Bruttoeinkommen bis knapp 40 000 DM darunter, steigt aber schneller. Er liegt bei darüber hinausgehenden Einkommen bis zu einem Betrag von rund 105 000 DM aber darüber, die Entlastung beim Spitzensteuersatz greift bei einem Einkommen von 114 500 DM. Betrachtet man die durchschnittliche Steuerbelastung, so zeigt sich, daß die Entlastung mit steigendem Einkommen zunächst rasch abnimmt. Beträgt sie bei einem Ledigen mit einem Einkommen von 40 000 DM brutto gegenüber dem geltenden Recht noch etwa 10 % der Steuerschuld oder rund 610 DM, schrumpft der Vorteil bei einem Bruttoeinkommen von 75 000 DM auf knapp 300 DM (1,6 %) und beträgt bei einem Jahreseinkommen von 110 000 DM gerade noch 52 DM (0,1 %). Bei darüber liegenden Einkommen nimmt die Entlastung wieder zu und macht im oberen Bereich der Einkommensskala rund 2,5 % der Steuerschuld nach geltendem Recht aus (bei einem Bruttoeinkommen von 250 000 DM sind dies gut 2 750 DM Entlastung).

Nach dem Splittingtarif fallen die Entlastungen ähnlich wie im Tarif 1999 im unteren Einkommensbereich größer aus, als es für die Grundtabelle gilt, und der Vorteil nimmt auch allmählicher ab. Bei Ehepaaren mit Kindern macht sich gegenüber dem geltenden Recht zusätzlich die bereits 1999 vorgenommene Erhöhung des Kindergeldes bzw. die unterstellte Erhöhung des Kinderfreibetrags bemerkbar. Im Vergleich zum Tarif 1999 gibt es im unteren und mittleren Einkommensbereich eine weitere merkliche Entlastung für Ledige und Verheiratete. Lediglich im oberen Einkommensbereich sind die Entlastungen weiterhin nur gering.

Erst im Jahre 2002, also mit Beginn der dritten Stufe, kommt es für alle Einkommensschichten zu einer signifikanten Entlastung gegenüber dem Tarif 1998. Sie beträgt dann für Alleinstehende bei einem Bruttojahreseinkommen von 35 000 DM knapp 1 100 DM (22,7 % der Steuerschuld nach geltendem Recht), bei 100 000 DM gut 1 500 DM (5 %) und bei 250 000 DM rund 7 800 DM (7 %). Ehepaare ohne Kinder werden bei einem Einkommen von 65 000 DM im Vergleich zum geltenden Recht um 2 000 DM entlastet (24 %). Ein Ehepaar mit zwei Kindern

und gleichem Bruttoeinkommen zahlt dann 3 100 DM weniger. In der dritten Stufe liegen die Grenzsteuersätze — nach nochmaliger Senkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz — nun deutlich unter denen im Tarif 1998. Allerdings wird die Progressionswirkung im Zuge der Reform verstärkt: Der Grenzsteuersatz steigt am Ende steiler als in den ersten beiden Stufen.

An der Höhe und der Steigung des Grenzsteuersatzes wird häufig beurteilt, wie es um die Leistungsanreize zur Erzielung höherer Einkommen bestellt ist. Nimmt der Grenzsteuersatz rasch zu, würden demnach die Leistungsanreize geringer, da der Fiskus vom zusätzlichen Bruttoeinkommen einen zunehmend größeren Teil des Einkommens abschöpft. Bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von rund 60 000 DM bis 100 000 DM ändert sich im Verlauf der Grenzsteuersätze kaum etwas gegenüber dem geltenden Recht, bei Geringerverdienenden wird der Anstieg infolge der Beseitigung der flacheren Progressionszone sogar steiler. So gesehen würden im Zuge der Reform im wesentlichen die Leistungsanreize für die Bezieher höherer Einkommen, bei Alleinverdienenden von gut 100 000 DM an, gestärkt.

Zur Kappung des Splittings

Nach dem bisher praktizierten Ehegattensplitting wird das Einkommen der Partner zusammengerechnet und die Hälfte dieses Betrages nach der Grundtabelle versteuert. Die sich daraus ergebende Steuer ist dann mit zwei zu multiplizieren. Mit dieser Berechnung wird — wenn die Einkommen der Partner ungleich hoch sind — die Progression des Steuertarifs für den Ehepartner mit dem höheren Einkommen gemildert. Beziehen beide Partner ein gleich hohes Einkommen, gibt es keinen Splittingvorteil. Der Vorteil aus der Splitting-Regelung ist um so höher, je weiter die Einkommen der Partner voneinander differieren. Nach dem Steuerrecht von 1998 erreicht der Splittingvorteil bei einem zu versteuernden Einkommen von 240 000 DM für ein Ehepaar mit einem Einkommensbezieher das Maximum von 22 341 DM. Da im Steuertarif 2002 eine deutliche Senkung der Steuersätze vorgesehen ist, sinkt auch der maximale Splittingvorteil, und zwar auf 19 326 DM.

Diese seit 1957 praktizierte Regelung wird seit langem diskutiert und ist auch häufig in Frage gestellt worden. Es wird unter anderem bemängelt, daß es familienbedingte Lasten nicht gerecht ausgleichen kann, weil es unabhängig von der Zahl der Kinder zu Steuerentlastungen führt. Deshalb wird von vielen ein Splittingverfahren bevorzugt, bei dem neben dem Ehegatten auch die Kinder steuerlich berücksichtigt werden. Im deutschen Steuerrecht gibt es bereits für Geschiedene und getrennt lebende Partner ein sogenanntes Realsplitting nach § 10 Abs. 1 EStG. Danach kann der Unterhaltspflichtige bis zu 27 000 DM als Sonderausgaben von seinem Einkommen absetzen, und der Unterhaltsempfänger muß diesen Betrag versteuern.

Abbildung 1

Grenz- und Durchschnittssteuersatz nach Tarif 1998
und Regierungsvorschlag 1999, 2000 und 2002

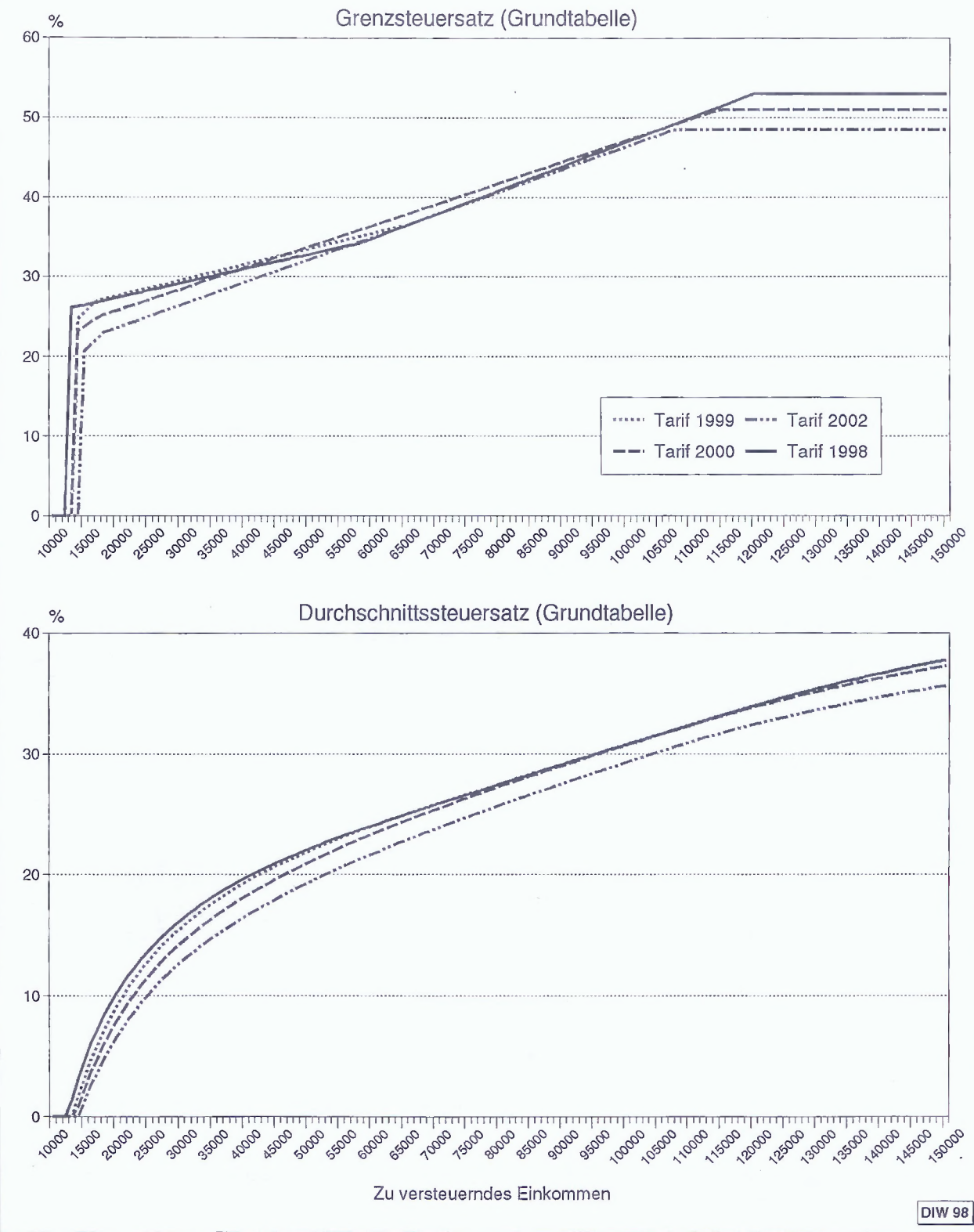


Tabelle 3

Auswirkungen des von der Bundesregierung vorgeschlagenen Tarifs für 1999, 2000 und 2002 im Vergleich zum Tarif 1998
Ehepaare mit einem Einkommensbezieher — mit 2 Kindern (Steuerklasse 3/2)

Brutto- jahres- Einkommen	1998				1999					2000					2002							
	Eink.- Steuer ¹⁾	Kinder- geld	„Soli“ 5,5 %	Insge- samt	Eink.- Steuer ¹⁾	Kinder- geld	„Soli“ 5,5 %	Insge- samt	Entlastung gegenüber 1998 ²⁾	Eink.- Steuer ¹⁾	Kinder- geld	„Soli“ 5,5 %	Insge- samt	Entlastung gegenüber 1998 ²⁾	Eink.- Steuer ¹⁾	Kinder- geld	„Soli“ 5,5 %	Insge- samt	Entlastung gegenüber 1998 ²⁾			
DM	DM				DM				%	DM				%	DM				%			
20 000	0	-5280	0	-5280	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6240	0	-6240	-960	-18,2
25 000	0	-5280	0	-5280	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6240	0	-6240	-960	-18,2
30 000	0	-5280	0	-5280	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6240	0	-6240	-960	-18,28
35 000	0	-5280	0	-5280	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6000	0	-6000	-720	-13,6	0	-6240	0	-6240	-960	-18,2
35 000	308	-5280	0	-4972	0	-6000	0	-6000	-1028	-20,7	0	-6000	0	-6000	-1028	-20,7	0	-6240	0	-6240	-1268	-25,5
40 000	1326	-5280	0	-3954	900	-6000	0	-5100	-1146	-29,0	652	-6000	0	-5348	-1394	-35,3	326	-6240	0	-5914	-1960	-49,6
45 000	2416	-5280	0	-2864	1964	-6000	0	-4036	-1172	-40,9	1644	-6000	0	-4356	-1492	-52,1	1202	-6240	0	-5038	-2174	-75,9
50 000	3578	-5280	0	-1702	3124	-6000	0	-2876	-1174	-69,0	2730	-6000	0	-3270	-1568	-92,1	2188	-6240	0	-4052	-2350	-138,1
55 000	4938	-5280	0	-342	4482	-6000	0	-1518	-1176	-343,9	4010	-6000	0	-1990	-1648	-481,9	3362	-6240	0	-2878	-2536	-741,5
60 000	6290	-5280	0	1010	5838	-6000	0	-162	-1172	-116,0	5294	-6000	0	-706	-1716	-169,9	4546	-6240	0	-1694	-2704	-267,7
65 000	7816	-5280	218	2754	7370	-6000	0	1370	-1384	-50,3	6758	-6000	0	758	-1996	-72,5	5900	-6240	0	-340	-3094	-112,3
70 000	9494	-5280	306	4520	9058	-6000	251	3309	-1211	-26,8	8382	-6000	225	2607	-1913	-42,3	7410	-6240	0	1170	-3350	-74,1
75 000	11172	-5280	394	6286	10750	-6000	339	5089	-1197	-19,0	10022	-6000	309	4331	-1956	-31,1	8938	-6240	257	2955	-3331	-53,0
80 000	12652	-5280	472	7844	12244	-6000	417	6661	-1183	-15,1	11480	-6000	383	5863	-1981	-25,3	10302	-6240	326	4388	-3456	-44,1
85 000	14188	-5280	553	9461	13796	-6000	498	8294	-1167	-12,3	13004	-6000	461	7465	-1996	-21,1	11732	-6240	398	5890	-3571	-37,7
90 000	15714	-5280	634	11068	15342	-6000	579	9921	-1147	-10,4	14528	-6000	539	9067	-2001	-18,1	13168	-6240	471	7399	-3669	-33,2
95 000	17264	-5280	716	12700	16912	-6000	661	11573	-1127	-8,9	16086	-6000	619	10705	-1994	-15,7	14638	-6240	545	8943	-3756	-29,6
100 000	18834	-5280	798	14352	18506	-6 000	744	13250	-1102	-7,7	17676	-6 000	701	12377	-1976	-13,8	16144	-6240	622	10526	-3827	-26,7
105 000	20462	-5280	885	16067	20162	-6 000	831	14993	-1074	-6,7	19336	-6 000	786	14122	-1944	-12,1	17720	-6240	702	12182	-3885	-24,2
110 000	22090	-5280	970	17770	21808	-6 000	917	16725	-1045	-5,9	20994	-6 000	872	15866	-1904	-10,7	19296	-6240	782	13838	-3932	-22,1
115 000	23718	-5280	1057	19495	23478	-6 000	1004	18482	-1012	-5,2	22684	-6 000	959	17643	-1852	-9,5	20908	-6240	864	15532	-3962	-20,3
120 000	25416	-5280	1147	21283	25210	-6 000	1095	20305	-977	-4,6	24446	-6 000	1050	19496	-1787	-8,4	22592	-6240	950	17302	-3980	-18,7
125 000	27100	-5280	1236	23056	26932	-6 000	1186	22118	-938	-4,1	26202	-6 000	1141	21343	-1713	-7,4	24274	-6240	1037	19071	-3985	-17,3
130 000	28808	-5280	1326	24854	28678	-6 000	1277	23955	-899	-3,6	27994	-6000	1233	23227	-1627	-6,5	25994	-6240	1125	20879	-3976	-16,0
135 000	30552	-5280	1418	26690	30450	-6000	1370	25820	-870	-3,3	29816	-6000	1328	25144	-1546	-5,8	27746	-6240	1215	22721	-3969	-14,9
140 000	32374	-5280	1513	28607	32284	-6000	1467	27751	-856	-3,0	31714	-6000	1426	27140	-1466	-5,1	29574	-6240	1309	24643	-3964	-13,9
145 000	34196	-5280	1607	30523	34108	-6000	1563	29671	-853	-2,8	33604	-6000	1524	29128	-1395	-4,6	31400	-6240	1403	26563	-3960	-13,0
150 000	36054	-5280	1704	32478	35966	-6000	1660	31626	-852	-2,6	35526	-6000	1624	31150	-1327	-4,1	33258	-6240	1499	28517	-3961	-12,2
160 000	34636	0	1905	36541	33828	0	1861	35689	-852	-2,3	33314	0	1832	35146	-1395	-3,8	30880	0	1698	32578	-3963	-10,8
170 000	38450	0	2115	40565	37612	0	2069	39681	-884	-2,2	37226	0	2047	39273	-1291	-3,2	34656	0	1906	36562	-4003	-9,9
180 000	42374	0	2331	44705	41508	0	2283	43791	-914	-2,0	41228	0	2268	43496	-1209	-2,7	38534	0	2119	40653	-4051	-9,1
190 000	46494	0	2557	49051	45598	0	2508	48106	-945	-1,9	45408	0	2497	47905	-1146	-2,3	42596	0	2343	44939	-4112	-8,4
200 000	50720	0	2790	53510	49794	0	2739	52533	-977	-1,8	49676	0	2732	52408	-1101	-2,1	46787	0	2573	49360	-4149	-7,8
210 000	55144	0	3033	58177	54188	0	2980	57168	-1009	-1,7	54124	0	2977	57101	-1076	-1,8	51632	0	2840	54472	-3705	-6,4
220 000	59722	0	3285	63007	58736	0	3230	61966	-1040	-1,7	58708	0	3229	61937	-1070	-1,7	56504	0	3108	59612	-3395	-5,4
230 000	64400	0	3542	67942	63386	0	3486	66872	-1070	-1,6	63374	0	3486	66860	-1082	-1,6	61349	0	3374	64723	-3219	-4,7
240 000	69282	0	3811	73093	68238	0	3753	71991	-1101	-1,5	68226	0	3752	71978	-1114	-1,5	66194	0	3641	69835	-3258	-4,5
250 000	74264	0	4085	78349	73190	0	4025	77215	-1133	-1,4	73160	0	4024	77184	-1165	-1,5	71039	0	3907	74946	-3402	-4,3

¹⁾ Für die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens werden die folgenden Abzugsbeträge vom Bruttoeinkommen abgesetzt: die Vorsorgepauschale (maximal 7830 DM + evtl. nicht ausgeschöpfter Vorwegabzug), der Arbeitnehmerfreibetrag (2000 DM) und der Sonderausgabenpauschbetrag (216 DM). Bei höheren Einkommen — wenn die Berücksichtigung des Kinderfreibetrages günstiger ist als das Kindergeld — vermindert sich das zu versteuernde Einkommen zusätzlich um die Kinderfreibeträge (1998: 6912 DM; 1999: 7884 DM; 2002: 8208 DM) je Kind. Es entfällt dann das Kindergeld. — ²⁾ Da die Entlastung einschließlich Kindergeld ausgewiesen wird, sind rechnerisch Entlastungen von über 100% möglich.

Quelle: DIW.

Diese Regelung könnte als Muster für die Veränderung des Ehegattensplittings in Richtung eines Ehegattenrealsplittings oder Familienrealsplittings herangezogen werden. Im Falle des Ehegattenrealsplittings würde dem höher verdienenden Ehepartner ein entsprechend hoher einheitlicher Betrag in Abzug gebracht und dem Ehegatten als eigenes Einkommen zugerechnet. Beim Familienrealsplitting würde das Verfahren auch für die Kinder mit Unterhaltsanspruch gelten. Die individuellen Einkommen würden nach der Grundtabelle versteuert; die Steuerschuld der Ehegatten oder Familie ergäbe sich als Summe der verschiedenen Steuerbeträge. Der verteilungspolitische Vorteil des Realsplittings liegt darin, daß die finanzielle Begünstigung für Ehepaare nach oben stärker „gedeckt“ ist. Auf der Grundlage des heutigen Rechts erreichte der steuerliche Vorteil bei einem Realsplitting mit einer Unterhaltspauschale von 27 000 DM höchstens 10 000 DM. Wenn die Differenz zwischen den zu versteuernden Einkommen der Ehegatten nicht größer ist als der doppelte Betrag des dem unterhaltsberechtigten Ehegatten anzurechnenden Unterhaltsbetrages, kommen das traditionelle Ehegattensplitting und das Realsplitting bei der Ermittlung der Steuerschuld zum identischen Ergebnis. Im Falle des Familienrealsplittings wirkt sich nachteilig aus, daß der finanzielle Vorteil nach wie vor mit steigendem Einkommen des „Hauptverdieners“ zunimmt und für Geringverdienende niedrig ist oder ganz entfällt. Die Lasten, die mit dem Unterhalt von Kindern verbunden sind, können daher im unteren Einkommensbereich mit dem Verfahren des Realsplittings nicht oder nicht hinreichend ausgeglichen werden. Soll sich der Staat an den Unterhaltskosten je Kind in allen Familien etwa in gleicher Höhe beteiligen, so kann auf eine ergänzende Kindergeldregelung nicht verzichtet werden.

Die Bundesregierung hat im neuen Koalitionsvertrag eine Kappung des Splittingvorteils für hohe Einkommen angekündigt. Dieser Vorteil soll künftig auf 8 000 DM begrenzt werden.

Gebräuchlich ist es, den Splittingvorteil als Differenz zwischen Grundtabelle und Splittingtabelle zu messen. Die Höhe des Splittingvorteils hängt dabei nicht allein von der Höhe des gesamten Einkommens des Ehepaares, sondern auch wesentlich davon ab, zu welchen Teilen die beiden Partner dazu beitragen. Der Vorteil ist am stärksten, wenn einer der Ehepartner Alleinverdiener ist. In diesem Falle würde bei dem für das Jahr 2002 geplanten Tarif der Vorteil von 8 000 DM bereits bei einem zu versteuernden Einkommen von 86 000 DM erreicht sein, ohne eine Begrenzung rasch steigen und von 210 000 DM an den Höchstbetrag von knapp 20 000 DM ausmachen (Abbildung 2, oberer Teil). Sind beide Ehepartner erwerbstätig, fällt der Vorteil mit zunehmendem Anteil des Zweitverdienstes am zu versteuernden Einkommen geringer aus. Der Splittingvorteil hat sein Maximum — unabhängig davon, wie sich die Einkommen zusammensetzen — bei einem gemeinsam zu versteuernden Einkommen von knapp 200 000 DM und

nimmt mit weiter zunehmendem Einkommen wieder ab. Hierin macht sich bemerkbar, daß die Progressionswirkung beim besser verdienenden Partner allmählich nachläßt, bei geringer Verdienenden aber zunächst noch zunimmt. Trägt der geringer verdienende Ehegatte zu 16 % oder mehr zum versteuernden Einkommen bei, so bleibt der Splittingvorteil — gemessen als Differenz zwischen dem Splittingtarif und dem Grundtarif — stets unter 8 000 DM.

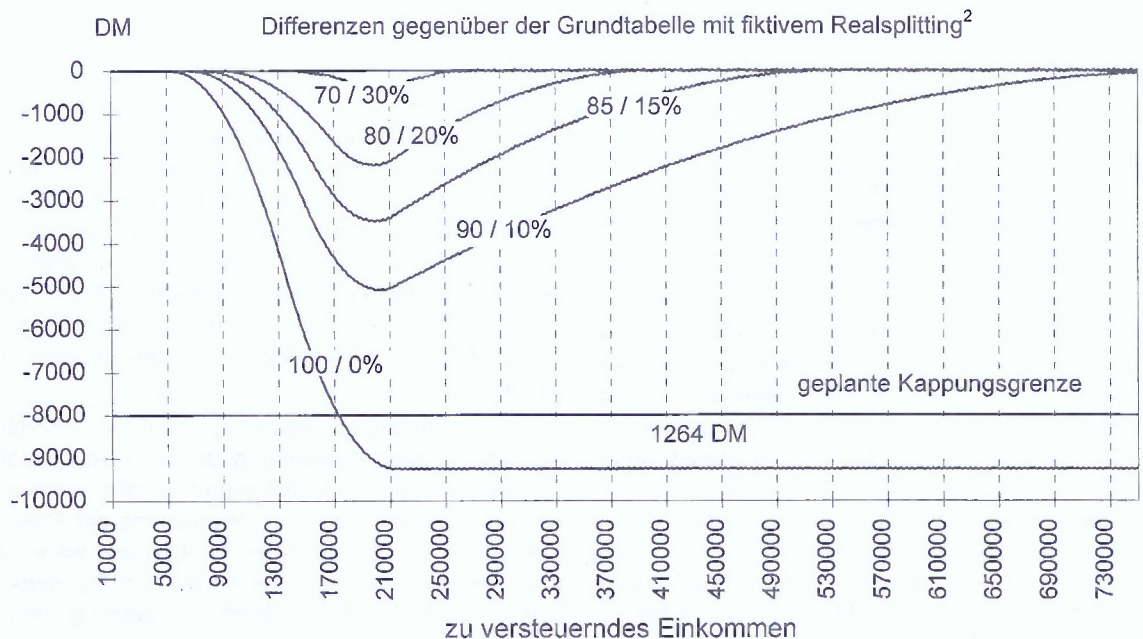
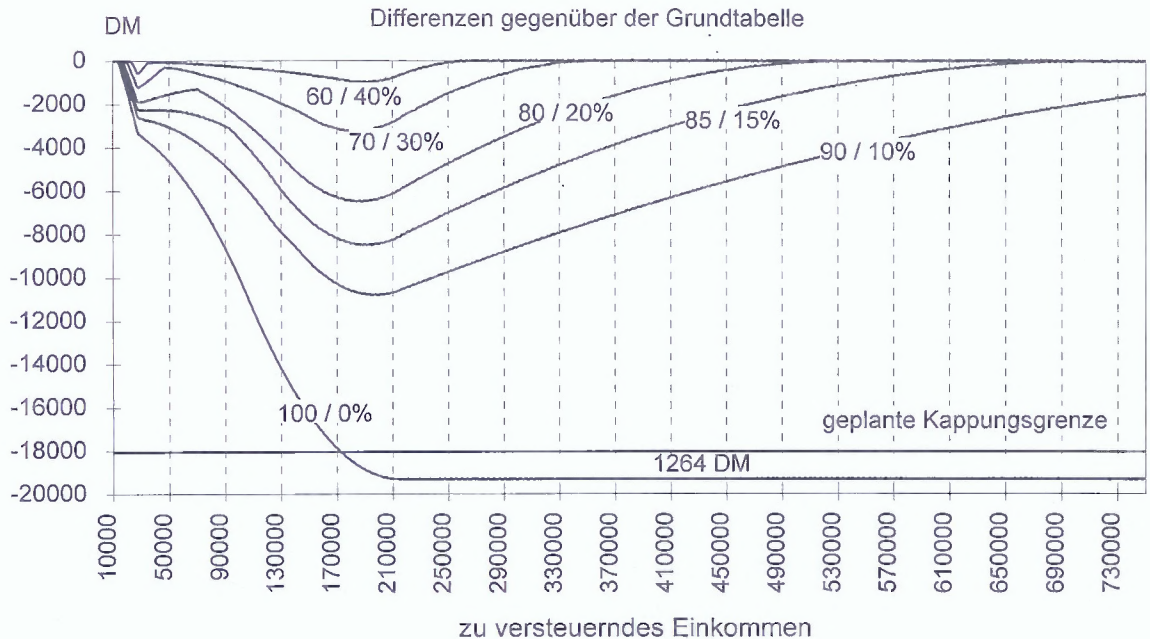
Die Kappung des Splittingvorteils kann auf zweierlei Weise erreicht werden, wobei sich die finanziellen Auswirkungen deutlich unterscheiden. Nimmt man — wie allgemein üblich — die Differenz zwischen Grundtabelle und Splittingtabelle, träge eine Kappung auf 8 000 DM Ehepaare mit einem Verdiener besonders stark. Nachteile hätten bereits Ehepaare mit einem zu versteuernden Einkommen von 86 000 DM. Bei einem zu versteuernden Einkommen von 210 000 DM und mehr würde der Splittingvorteil um gut 11 000 DM gekappt (Abbildung 2, oberer Teil).

Dies würde aber Ehepaare schlechter stellen als Geschiedene, die nach § 10 Abs.1 EStG besteuert werden. Eine Kappingsregelung muß dies vermeiden. Die Bundesregierung hat deshalb als Vergleichsbasis für die Berechnung des Splittingvorteils nicht die Grundtabelle herangezogen, sondern ein „fiktives Realsplitting“, das auf das gegenwärtige Einkommensteuerrecht für unterhaltspflichtige, getrennt lebende oder geschiedene Eheleute Rückgriff nimmt, d.h. der Splittingvorteil wird als Differenz zwischen der Steuer nach der Splittingtabelle und der Steuer, die sich aus dem „fiktiven Realsplitting“ ergibt, errechnet.

Es zeigt sich, daß ein auf diese Weise ermittelter Splittingvorteil von mehr als 8 000 DM ohnehin nur für Ehepaare besteht, bei denen das Einkommen fast ausschließlich von einem Partner verdient wird, und zwar auch nur dann, wenn das zu versteuernde Einkommen 173 000 DM und mehr beträgt. Trägt einer der Eheleute nur 10 % zum zu versteuernden Einkommen bei, so beträgt die Differenz gegenüber der Grundtabelle mit fiktivem Realsplitting bei dem für 2002 geplanten Tarif höchstens 5 000 DM. Mit einem solchen Verfahren würde eine komplizierte und schwer durchschaubare Regelung in das Steuerrecht eingeführt werden.

Um die Steuerveranlagung durchzuführen, bedarf es also einer doppelten Rechnung. Bevor die Splittingtabelle zur Anwendung kommt, muß geprüft werden, wie hoch die Steuerschuld bei getrennter Veranlagung der Ehegatten unter Berücksichtigung eines Realsplittings wäre. Übersteigt der daran gemessene Vorteil des Splittings den Betrag von 8 000 DM, so greift die Kappung. Vereinfachend wirkt zweifellos, daß erst bei Ehepaaren mit einem Einkommen über 173 000 DM Vergleichsrechnungen notwendig wären. Die Frage ist allerdings, ob der mit einem solchen Verfahren erreichte verteilungspolitische Effekt den Aufwand lohnt. Denn über die genannten 1 264 DM geht die Kürzung des Splittingvorteils nicht hinaus, denn der maximale Splittingvorteil beträgt im Vergleich zum

Auswirkungen des Ehegattensplittings¹ nach dem für das Jahr 2002 geplanten Einkommensteuertarif in Abhängigkeit von der Aufteilung des gesamten zu versteuernden Einkommens auf die Ehegatten



1) Der sogenannte "Splittingvorteil" ist die Differenz zwischen der Steuer, die die Ehegatten zahlen müßten, wenn jeder mit der Höhe seines Einkommens nach der Grundtabelle besteuert würde und der Steuer nach der Splittingtabelle.- 2) Realsplittingbetrag = 27000 DM.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Beispiel zur Errechnung des Splittingvorteils

Bei einem zu versteuernden Einkommen von 230 000 DM für einen alleinverdienenden Ehepartner ergibt sich nach der geltenden Regelung des Splittings und dem für 2002 geplanten Tarif eine Einkommensteuer von 72 918 DM. Nach der Grundtabelle würde die Steuer 92 244 DM betragen; der traditionell gemessene Splittingvorteil bemißt sich also für dieses Ehepaar auf 19 326 DM (72 918 DM minus 92 244 DM). Unter Berücksichtigung des Realsplittings wird nun eine weitere fiktive Rechnung durchgeführt: Der erste Partner kann von seinem Einkommen von 230 000 DM die unterstellte Unterhaltsleistung an den zweiten Partner von 27 000 DM absetzen; er hätte also nur noch 203 000 DM zu versteuern, und zwar nach der Grundtabelle. Dies ergibt eine Einkommensteuer in Höhe von 79 149 DM. Beim Unterhaltsberechtigten muß der Unterhaltsbetrag auch nach der Grundtabelle versteuert werden; dies ergibt — keine weiteren Einkünfte vorausgesetzt — eine Steuer von 3 033 DM. Zusammen hätten die Eheleute also nach dem Realsplitting eine Steuer von 82 182 DM zu entrichten. Gemessen an diesem Betrag wäre die Steuer nach der Splittingtabelle (72 918 DM) um 9 264 DM geringer. Der Vorteil wird folglich um 1 264 DM auf 8 000 DM gekappt (Abbildung 2, unterer Teil); die nach der Splittingtabelle ermittelte Steuerschuld erhöht sich um diesen Betrag auf 74 182 DM. Die Mehrbelastung gegenüber der bisherigen Splittingregelung beträgt also 1 264 DM, d.h. der traditionell gemessene Splittingvorteil gegenüber der Grundtabelle ohne Realsplitting sinkt von 19 326 DM auf 18 062 DM.

Realsplitting 9 264 DM; er wird bei Bruttoeinkommen von 210 000 DM erreicht. Eine sozial- oder familienpolitische Begründung dafür, an einem Vorteil von 8 000 DM gegenüber einem Realsplitting festzuhalten, das bereits der Unterhaltsverpflichtung gegenüber den unmittelbaren Angehörigen als einer Beeinträchtigung der steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt, wird im Koalitionsvertrag allerdings nicht gegeben. Es ist zu bezweifeln, daß das mit dieser Regelung verfolgte gesellschaftspolitische Anliegen, die steuerliche Begünstigung der traditionellen Ehe zu mindern, in der üblicherweise der Mann einer Erwerbsarbeit nachgeht und die Frau sich im Schwerpunkt der häuslichen Arbeit widmet, hinreichend berücksichtigt wurde. Zu begrüßen wäre es, wenn das Steuerrecht den Wandel zu einer modernen Rollenverteilung bei der Erwerbs- und Familienarbeit gleichberechtigter Ehepartner stärker unterstützen würde. Konsequenter wäre es, ein

reines Realsplitting einzuführen. Damit verbundene Einschnitte bei Beziehern mittlerer und höherer Einkommen ließen sich mildern, indem der fiktive Unterhaltsbetrag für den Ehepartner etwas großzügiger als nach § 10 Abs. 1 EStG — etwa bei 30 bis 35 000 DM — angesetzt würde. Damit dem Prinzip des Unterhaltsanspruchs Rechnung getragen wird, sollte im Realsplitting das eigene Einkommen den Unterhaltsbetrag mindern.

Fazit

Unter Allokationsaspekten ist die geplante Steuerreform positiv zu beurteilen. Dies gilt insbesondere für die Beseitigung von spezifischen Vergünstigungen, die die Steuerbasis zunehmend ausgehöhlt hatten und von allen Seiten kritisiert worden sind. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gibt Spielraum für eine durchgreifende Senkung der Steuersätze.

Verteilungspolitisch betrachtet kann das Steuerpaket mit seinen drei Stufen durchaus als ausgewogen bezeichnet werden. Insgesamt wird die Steuerbelastung über die gesamte Einkommensskala deutlich gesenkt. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage trifft nicht nur den Unternehmensbereich, sondern auch private Haushalte. Positiv zu werten ist auch, daß Steuervorteile eingeschränkt oder beseitigt werden sollen, die seit langem als ungerechtfertigt empfunden worden sind und tendenziell Fehlentwicklungen verursacht haben (z.B. reine Steuersparmodelle).

Betrachtet man die zu erwartenden konjunkturellen Wirkungen, die von der Einkommensteuerreform ausgehen, so fragt sich, ob die Reform — insbesondere was die zeitliche Staffelung der Maßnahmen angeht — richtig dosiert ist. In den ersten beiden Stufen der Reform soll es per saldo zu keiner Entlastung kommen. Denn die Tarifsenkungen werden nicht nur über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen gegenfinanziert, sondern die Mehreinnahmen werden zum Teil auch für die Erhöhung des Kindergeldes eingesetzt. Die damit verbundenen Verteilungswirkungen sind auf eine Stärkung der Konsumnachfrage ausgelegt. Insbesondere untere und mittlere Einkommen werden entlastet und Familien mit Kindern begünstigt. Zu berücksichtigen ist aber, daß durch die gleichzeitige Gegenfinanzierung Entzugseffekte auftreten, die den anregenden Effekten entgegenwirken. Insgesamt ist zu befürchten, daß per saldo die Impulse für Wachstum und Beschäftigung bis zum Jahre 2000 gering bleiben. Dabei sind, wie oben schon erwähnt, die Wirkungen der geplanten Energiesteuer nicht berücksichtigt.

Eine konjunkturelle Anregung wäre aber gerade jetzt erforderlich, da sich im Gefolge der Krisen an den Weltmärkten Schwächetendenzen in der deutschen Volkswirtschaft bemerkbar machen. Zu einer deutlichen Nettoentlastung — in Höhe von 15 Mrd. DM — wird es erst auf der

dritten Stufe der Steuerreform kommen. Heute kann noch nicht abgesehen werden, ob zu diesem Zeitpunkt die Konjunktur einer Stützung bedarf. Deshalb wäre für 1999 eine Umgestaltung des Reformpaketes angebracht, mit der zunächst eine stärkere Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten erreicht und so auf spürbare Impulse für eine wirtschaftliche Belebung gesetzt wird. Allerdings

stehen einer Ausdehnung der Staatsverschuldung, die damit einherginge, internationale Vereinbarungen (Maastricht) entgegen. Bleibt die Entlastung in dem insgesamt vorgesehenen Rahmen, dürfte auch der Spielraum, in dem sich die öffentlichen Haushalte nach den in der Europäischen Währungsunion eingegangenen Verpflichtungen bewegen dürfen, nicht überschritten werden.

Konjunkturelle Entwicklung schwächt sich weiter ab

Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1998¹

Die ersten vorläufigen Berechnungen für das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal in Deutschland führen zu einer Wachstumsrate von knapp 1 % gegenüber dem Vorquartal; das entspricht einem Zuwachs von 2,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dabei war die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland mit etwa 1,5 % doppelt so groß wie in Westdeutschland, der entsprechende Vorjahresvergleich fällt aber für den Osten mit einem Wachstum von 2,2 % noch immer ungünstig aus (Westdeutschland 2,7 %).

Der Vorquartalsvergleich spiegelt allerdings nicht die tatsächlich zugrunde liegende konjunkturelle Entwicklung im Berichtszeitraum wider, da der Verlauf im ersten Halbjahr vor allem durch zwei Sondereffekte geprägt worden war: das gemessen am langfristigen Mittel günstige Winterwetter und die vorgezogenen Käufe im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 1 Prozentpunkt zum 1. April. Beide zusammen haben eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts im ersten und eine Senkung im zweiten Vierteljahr bewirkt.

Reales saison- und arbeitstäglich
bereinigtes Bruttoinlandsprodukt
Wachstum in % gegenüber Vorquartal

	I/98	II/98	III/98
Deutschland	1,3	-0,3	0,9
West	1,3	-0,2	0,8
Ost	1,3	-1,1	1,6

Eine Bereinigung der Zeitreihen um diese Sondereffekte, die zusammengenommen eine Größenordnung von 4 Mrd. DM aufweisen dürften, zeigt, daß sich das Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion eigentlich halbiert hat:

Korrigiertes reales saison- und arbeitstäglich
bereinigtes Bruttoinlandsprodukt
Wachstum in % gegenüber Vorquartal

	I/98	II/98	III/98
Deutschland	0,8	0,7	0,4
West	0,8	0,7	0,4
Ost	0,4	0,7	0,7

Für den Verlauf im Sommerhalbjahr errechnet sich danach für das reale Bruttoinlandsprodukt eine Jahresrate

von gut 2 %, nach knapp 3 % im Winterhalbjahr. Diese Tempoverlangsamung ist ausschließlich das Ergebnis der Entwicklung in Westdeutschland. In Ostdeutschland hat sich das Wachstumstempo sogar noch beschleunigt, obwohl der Rückgang im Baugewerbe hier gravierender war. Wegen des geringen Exportanteils wirkt sich die nachlassende Auslandsnachfrage in Ostdeutschland bisher nur wenig aus, und die Dienstleistungsbereiche expandieren rascher als in Westdeutschland.

Arbeitsvolumen, Produktivität, Lohnstückkosten

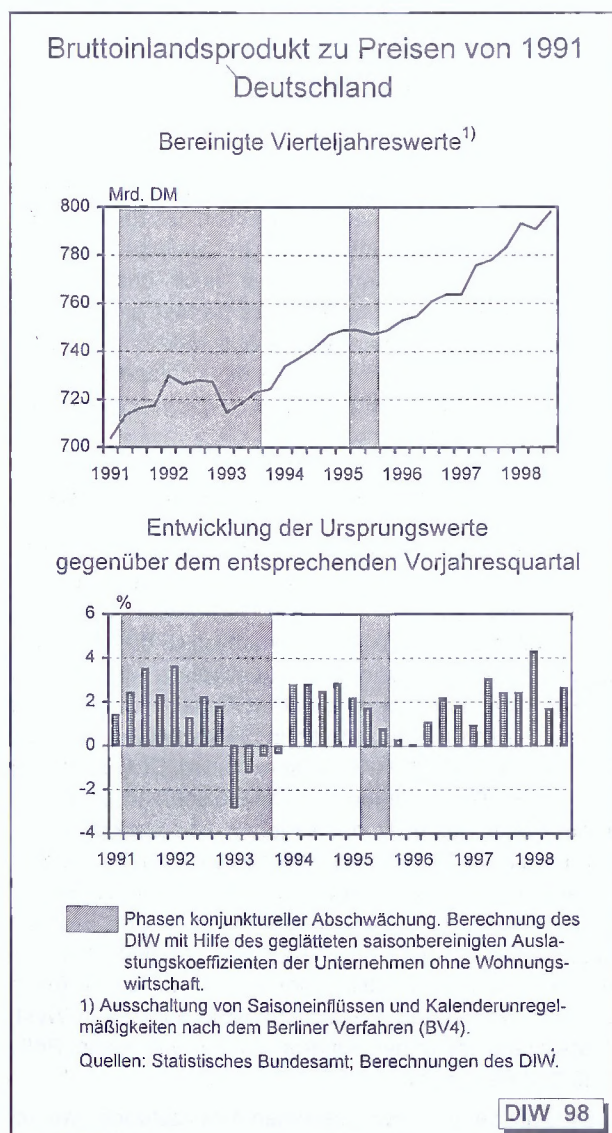
Shon im zweiten Quartal hatte sich die Zahl der Beschäftigten erhöht. Dies setzte sich im Berichtszeitraum fort; etwa 80 000 Personen wurden in Deutschland zusätzlich eingestellt. Mehr als die Hälfte — nämlich 45 000 — fanden dabei in Ostdeutschland einen Arbeitsplatz. Allerdings ist zu bedenken, daß hier im gleichen Zeitraum der Bestand an Beschäftigten in beschäftigungsschaffenden Maßnahmen um mehr als 100 000 Personen stieg. Dies zeigt, daß die höhere Beschäftigung in Ostdeutschland zu einem wesentlichen Teil nicht das Ergebnis von Marktentscheidungen ist. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 75 000 Personen, die Arbeitslosenquote reduzierte sich von 18,9 % auf 17,9 % deutlich. In Westdeutschland ging die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um 65 000 Personen zurück, und die Arbeitslosenquote fiel auf 9,3 % (nach 9,5 % im Vorquartal). Zusätzliche ABM spielten in Westdeutschland im dritten Quartal so gut wie keine Rolle (+10 000 Personen).

Die Zahl der pro Kopf geleisteten Arbeitsstunden war im dritten Vierteljahr zwar höher als im kalenderbedingt gedrückten Vorquartal, sie war aber deutlich niedriger als im Durchschnitt des ersten Halbjahres. Hauptursache dieses Rückgangs ist ein merklicher Anstieg der Krankmeldungen nach der Jahresmitte; sie waren über mehr als zwei Jahre ohne Unterbrechung rückläufig gewesen.

Alles in allem war das Arbeitsvolumen im dritten Quartal geringfügig niedriger als im Durchschnitt des ersten Halbjahres, und die Stundenproduktivität nahm um reichlich 1 % zu. Gleichzeitig stiegen die effektiven Stundenverdienste um knapp 1 %, so daß die Lohnstückkosten insgesamt nur noch geringfügig sanken. In Ostdeutschland nahmen sie aufgrund der etwas günstigeren Produktivitätsentwicklung stärker ab als in Westdeutschland. Die Ost-West-Relation verbesserte sich sowohl bei der Stundenproduktivität als auch bei den Lohnstückkosten.

¹ Analysiert werden in diesem Bericht, soweit nicht anders gekennzeichnet, saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

Abbildung 1



Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Das warenproduzierende Gewerbe expandierte im Berichtszeitraum etwa im Tempo der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Energiewirtschaft saison- und arbeitstäglich bereinigt insgesamt um gut 1 % höher war als im Durchschnitt des ersten Halbjahres, ging sie im Baugewerbe abermals — um gut 2 % — zurück. Das Produktionsniveau lag hier um 4 % unter dem ohnehin schon gedrückten Vorjahresergebnis.

Die Leistung in den verteilenden Bereichen insgesamt nahm gegenüber dem Durchschnitt der ersten Jahreshälfte nur noch wenig zu. Die reale Wertschöpfung im Handel war sogar etwas niedriger als zuvor; die sinkende Nachfrage aus dem Ausland wird bislang nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Inlandsnachfrage — insbe-

sondere der privaten Haushalte — aufgefangen. Im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung war die Wertschöpfung im Verlauf des ersten Halbjahres nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einer Jahresrate von 7,5 % besonders deutlich ausgeweitet worden. Zuwächse gab es vor allem bei der Telekommunikation.

In den Dienstleistungsbereichen (einschl. Staat) hat sich das schon für das Vorquartal festgestellte hohe Wachstumstempo (4 % Jahresrate) nach der Jahresmitte insgesamt nur wenig verlangsamt. In Ostdeutschland hat sich das Tempo sogar noch weiter beschleunigt; dafür ist ausschlaggebend, daß vor allem in diesen Bereichen verstärkt ABM-Kräfte zum Einsatz gekommen sind.

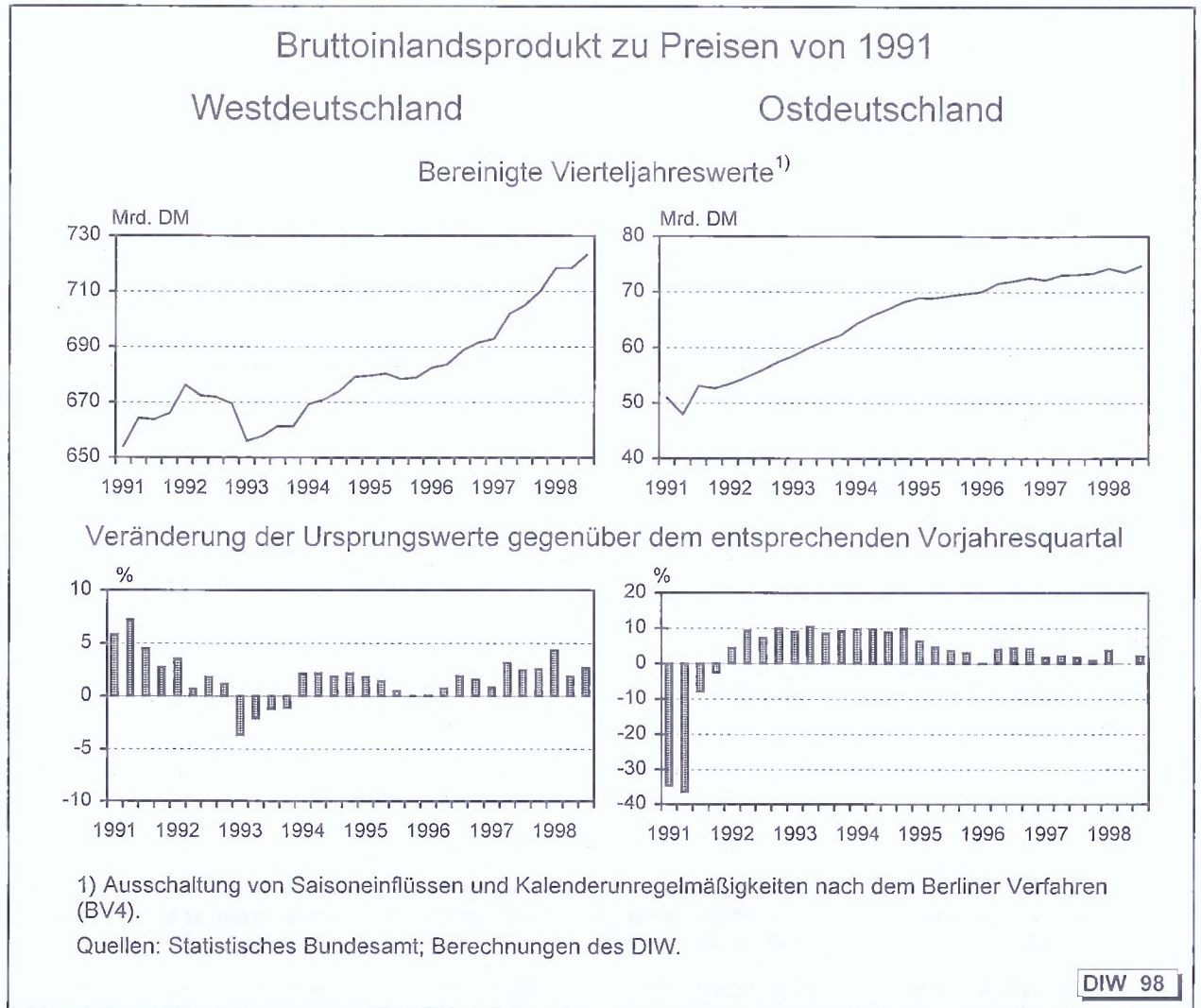
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Im bisherigen Verlauf des Jahres haben die privaten Haushalte ihren *Verbrauch* nur schwach ausgeweitet. Bereinigt um die Sondereffekte im Zusammenhang mit der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes, errechnet sich für das dritte Vierteljahr nur ein Anstieg der Verbrauchsausgaben um 0,4 % (unbereinigt: 0,7 %). Dieser Anstieg schöpfte den von der Entwicklung des verfügbaren Einkommens her gegebenen Ausgabenrahmen nicht aus, bereinigt nahm die Sparquote abermals etwas zu. Bereits zur Jahreswende war der fast zwei Jahre anhaltende Rückgang der Sparquote zum Stillstand gekommen; seitdem sind die Ersparnisse um gut 3 %, der private Konsum dagegen nur um etwa 1 % ausgeweitet worden. Sicher spielt für dieses Verhalten auch eine wichtige Rolle, daß die privaten Haushalte trotz Entlastungen durch die Preisentwicklung — zuletzt ist das statistisch ausgewiesene Preisniveau nahezu stabil gewesen — angesichts unsicherer Einkommenserwartungen nicht zu einer verstärkten Ausweitung des Verbrauchs bereit sind, sondern lieber das „Vorsorgesparen“ erhöhen.

Vor allem bei Personenkraftwagen war es wegen der Mehrwertsteueranhebung zu vorgezogenen Käufen gekommen: Die Kfz-Zulassungen nahmen im Berichtsquartal um 6 % (bereinigt 1,5 %) zu, nachdem sie im Vorquartal um 7 % gesunken waren (bereinigt +0,5 %). Beim übrigen Einzelhandel — hier spielte das Vorziehen von Käufen nur eine untergeordnete Rolle — stagnierte die Nachfrage, nachdem sie im Vorquartal spürbar — um fast 1 % — gesunken war. Rückgänge hatten vor allem der Lebensmitteleinzelhandel, die Drogerien und der Schmuekeinzelhandel zu verzeichnen; dem standen Zunahmen bei Käufen von Schuhen, Büchern und — auch bereinigt — Möbeln gegenüber. Der Rückgang der Nachfrage beim Gastgewerbe hat sich dagegen weiter beschleunigt.

Die realen *Ausrüstungsinvestitionen* schwanken in saison- und arbeitstäglich bereinigter Rechnung schon seit langem von Quartal zu Quartal stark um einen insgesamt aufwärts gerichteten Trend. Der kräftigen Zunahme um 3,5 % im ersten Quartal dieses Jahres folgte ein Rückgang von knapp 1 % und im Berichtszeitraum wieder eine —

Abbildung 2



allerdings leichte — Zunahme um 0,5 %. Bei den Inlands-umsätzen von Investitionsgütern halbierte sich der Rückgang vom Vorquartal auf nunmehr annähernd 1 %, die Investitionsgüterimporte nahmen doppelt so stark zu wie zuvor. Die zuletzt schwächere Grundtendenz in der Investitionstätigkeit muß im Zusammenhang mit der sich verdüsternden Auslandskonjunktur und dem sich abschwächenden Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung gesehen werden. Das Preisniveau blieb bei Investitionsgütern weiter stabil; leichten Preisanhebungen im Inland standen Preissenkungen bei Importen gegenüber.

Die Bauwirtschaft befindet sich seit Ende 1996 in einem deutlichen Abwärtstrend. Seit damals sind die realen *Bauinvestitionen* bereits um 8 % (West: -5,5 %, Ost: -14,5 %) gesunken. Von diesem Rückgang sind alle Baubereiche erfaßt worden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Während Investitionen in Wohnungen um 6 %

und in gewerbliche Bauten um 9 % zurückgenommen wurden, führten die Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte in diesem Zeitraum zu einem Rückgang bei öffentlichen Bauinvestitionen um fast 14 %. Seit der Jahreswende ist es nun wieder zu einem Anstieg der Auftragseingänge bei der Bauwirtschaft um 3 % gekommen, und zwar sowohl in West- wie in Ostdeutschland. Da die Produktion im gleichen Zeitraum weiter — um mehr als 3 % — sank, führte dies zu einem Anstieg der Reichweite der Auftragsbestände um etwa einen halben Monat auf 2,9 Monate (ifo-Konjunkturtest). Somit besteht Anlaß zu der Hoffnung, daß es mit der Bautätigkeit wieder aufwärts geht. Die noch immer schlechte konjunkturelle Lage spiegelt sich in den der Preisentwicklung wider: Die Baupreise gaben abermals leicht nach.

Nachdem im Vorquartal die Warenexporte nochmals kräftig ausgeweitet worden waren, ist es im Berichtszeitraum erstmals seit Mitte 1993 wieder zu einem Rückgang

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Ursprungswerte¹⁾

	1996	1997	1996			1997				1998		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Bundesrepublik Deutschland	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	46,2	45,4	4,6	21,9	16,0	3,6	4,6	21,9	15,3	3,6	4,5	21,8
Warenproduzierendes Gewerbe	1 022,8	1 048,9	258,2	257,3	264,5	241,2	269,0	265,2	273,6	260,4	271,8	274,6
Handel und Verkehr	442,4	453,3	111,2	111,5	113,5	107,7	115,3	114,2	116,0	113,5	117,8	117,9
Dienstleistungen	1 034,6	1 075,6	259,6	260,6	261,3	262,7	269,1	271,9	271,9	272,5	280,4	282,5
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	405,6	404,2	101,2	101,5	101,8	100,9	100,7	101,1	101,4	101,0	101,2	102,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	2 951,4	3 027,4	734,8	752,8	757,0	716,2	758,8	774,3	778,2	751,1	775,7	798,9
Bruttoinlandsprodukt	3 034,6	3 101,4	753,4	772,4	781,0	734,5	776,3	790,9	799,7	765,9	789,3	811,7
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	54 264	53 327	13 214	13 762	13 180	13 479	13 266	13 509	13 073	13 713	12 964	13 502
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	34 423	33 962	34 460	34 530	34 432	33 707	33 943	34 074	34 124	33 517	33 877	34 190
Produktivität (DM)	55,92	58,16	57,02	56,13	59,26	54,49	58,52	58,55	61,17	55,85	60,88	60,12
Eink. a. unselbst. Arb. (Mrd. DM) ²⁾	1 904,5	1 909,3	455,8	472,3	536,2	442,5	459,0	470,6	537,2	444,7	465,0	478,9
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	111,4	109,3	107,4	108,5	121,9	106,9	104,9	105,6	119,2	103,1	104,6	104,7
Westdeutschland	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	38,3	37,3	4,2	17,3	13,7	3,1	4,2	16,8	13,2	3,1	4,1	16,8
Warenproduzierendes Gewerbe	906,1	927,9	228,3	227,3	233,6	214,4	237,9	233,9	241,7	231,3	240,8	242,8
Handel und Verkehr	399,8	410,3	100,5	100,7	102,0	97,9	104,4	103,5	104,5	103,5	107,0	107,1
Dienstleistungen	962,3	1 001,2	241,3	242,4	242,8	244,9	250,2	253,2	252,9	254,1	260,5	262,8
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	358,0	357,5	89,4	89,7	89,8	89,1	89,2	89,6	89,6	89,5	89,9	90,1
Bruttowertschöpfung (unber.)	2 664,5	2 734,2	663,7	677,5	681,9	649,4	685,8	697,1	701,9	681,4	702,3	719,8
Bruttoinlandsprodukt	2 747,6	2 809,5	682,3	696,9	705,6	668,3	703,6	714,0	723,6	697,2	716,6	733,2
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	43 836	43 295	10 574	11 078	10 794	10 874	10 679	10 953	10 789	11 136	10 460	10 957
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	28 156	27 884	28 198	28 208	28 160	27 675	27 853	27 974	28 034	27 615	27 873	28 060
Produktivität (DM)	62,68	64,89	64,53	62,91	65,37	61,46	65,89	65,19	67,07	62,61	68,51	66,91
Eink. a. unselbst. Arb. (Mrd. DM) ²⁾	1 629,2	1 636,8	389,9	402,7	459,7	378,9	393,4	402,5	462,1	382,0	399,9	410,2
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	109,8	107,9	105,8	107,0	120,6	105,0	103,5	104,4	118,2	101,4	103,3	103,6
Ostdeutschland	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	7,8	8,1	0,4	4,7	2,2	0,5	0,4	5,1	2,1	0,5	0,4	5,0
Warenproduzierendes Gewerbe	116,7	121,1	29,9	30,0	30,9	26,8	31,1	31,2	31,9	29,1	31,0	31,8
Handel und Verkehr	42,6	43,0	10,7	10,7	11,5	9,8	10,9	10,8	11,5	10,0	10,8	10,8
Dienstleistungen	72,3	74,4	18,3	18,2	18,6	17,9	18,9	18,6	19,0	18,5	19,9	19,7
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	47,5	46,7	11,8	11,8	12,0	11,8	11,6	11,5	11,8	11,6	11,3	11,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	286,9	293,2	71,1	75,4	75,1	66,8	73,0	77,2	76,3	69,7	73,4	79,1
Bruttoinlandsprodukt	287,0	291,9	71,1	75,5	75,4	66,2	72,7	76,9	76,1	68,7	72,7	78,6
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	10 428	10 032	2 640	2 684	2 386	2 605	2 587	2 556	2 284	2 577	2 504	2 545
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	6 267	6 078	6 262	6 322	6 272	6 032	6 090	6 100	6 090	5 902	6 004	6 130
Produktivität (DM)	27,52	29,10	26,93	28,13	31,60	25,41	28,10	30,09	33,32	26,66	29,03	30,87
Eink. a. unselbst. Arb. (Mrd. DM) ²⁾	275,3	272,5	65,9	69,7	76,5	63,6	65,6	68,2	75,1	62,7	65,1	68,7
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	111,2	108,2	107,4	107,0	117,6	111,4	104,6	102,8	114,4	105,9	103,8	101,3

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Inlandskonzept. — ³⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3); die Vierteljahre für das Arbeitsvolumen — und damit die der Produktivität und der Lohnstückkosten — sind eigene Berechnungen, basierend auf Jahresergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Entwicklung der Ursprungswerte¹⁾

	1996	1997	1996			1997				1998		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Bundesrepublik Deutschland												
Land- u. Forstwirtschaft	8,6	-1,6	2,2	9,6	10,1	-0,3	0,2	-0,2	-4,4	0,3	-1,9	-0,2
Warenproduzierendes Gewerbe	-1,4	2,6	-1,7	0,5	0,1	-0,6	4,2	3,0	3,4	8,0	1,1	3,6
Handel und Verkehr	1,0	2,5	0,7	1,4	1,1	1,5	3,7	2,5	2,2	5,4	2,2	3,2
Dienstleistungen	5,3	4,0	5,7	4,9	4,9	3,8	3,7	4,3	4,1	3,7	4,2	3,9
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	0,6	-0,3	0,7	0,8	0,6	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	0,1	0,4	0,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	1,7	2,6	1,5	2,4	2,1	1,3	3,3	2,8	2,8	4,9	2,2	3,2
Bruttoinlandsprodukt	1,3	2,2	1,1	2,2	1,8	0,9	3,0	2,4	2,4	4,3	1,7	2,6
Arbeitsvolumen	-1,6	-1,7	-1,4	-0,3	-1,5	-4,5	0,4	-1,8	-0,8	1,7	-2,3	-0,1
Erwerbstätige	-1,3	-1,3	-1,0	-1,2	-1,5	-1,6	-1,5	-1,3	-0,9	-0,6	-0,2	0,3
Produktivität	2,9	4,0	2,5	2,5	3,4	5,6	2,6	4,3	3,2	2,5	4,0	2,7
Einkommen a. unselbst. Arbeit ²⁾	1,0	0,2	0,9	0,9	0,3	0,5	0,7	-0,4	0,2	0,5	1,3	1,8
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	-0,2	-1,9	-0,2	-1,3	-1,5	-0,4	-2,3	-2,7	-2,2	-3,6	-0,4	-0,9
Westdeutschland												
Land- u. Forstwirtschaft	8,7	-2,7	1,7	11,5	8,6	-0,9	0,0	-2,4	-4,1	-0,3	-1,7	0,0
Warenproduzierendes Gewerbe	-2,0	2,4	-2,6	-0,3	-0,7	-1,1	4,2	2,9	3,4	7,9	1,2	3,8
Handel und Verkehr	0,9	2,6	0,6	1,3	1,1	1,5	3,9	2,7	2,4	5,7	2,5	3,5
Dienstleistungen	5,2	4,0	5,5	4,9	4,9	3,8	3,7	4,5	4,2	3,8	4,1	3,8
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	0,8	-0,1	0,9	1,0	0,8	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	0,4	0,8	0,6
Bruttowertschöpfung (unber.)	1,5	2,6	1,2	2,2	1,9	1,2	3,3	2,9	2,9	4,9	2,4	3,3
Bruttoinlandsprodukt	1,1	2,3	0,8	1,9	1,6	0,8	3,1	2,5	2,6	4,3	1,8	2,7
Arbeitsvolumen	-1,3	-1,2	-1,3	-0,2	-1,4	-4,5	1,0	-1,1	0,0	2,4	-2,1	0,0
Erwerbstätige	-1,1	-1,0	-0,8	-1,1	-1,3	-1,4	-1,2	-0,8	-0,4	-0,2	0,1	0,3
Produktivität	2,4	3,5	2,1	2,1	3,0	5,6	2,1	3,6	2,6	1,9	4,0	2,6
Einkommen a. unselbst. Arbeit ²⁾	1,0	0,5	0,7	0,6	0,3	0,5	0,9	-0,1	0,5	0,8	1,6	1,9
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	-0,1	-1,7	0,0	-1,3	-1,2	-0,3	-2,2	-2,4	-2,0	-3,4	-0,2	-0,7
Ostdeutschland												
Land- u. Forstwirtschaft	7,9	3,3	7,5	3,3	20,7	4,2	2,3	7,9	-6,3	4,0	-4,5	-1,0
Warenproduzierendes Gewerbe	3,9	3,7	5,5	6,9	6,2	3,1	4,2	4,1	3,4	8,8	-0,3	1,8
Handel und Verkehr	1,7	1,1	2,1	2,2	1,5	1,8	2,2	0,1	0,3	2,3	-1,3	0,3
Dienstleistungen	6,6	2,9	7,8	5,9	5,6	3,7	3,2	2,5	2,3	3,4	5,0	5,6
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	-0,8	-1,8	-1,0	-0,3	-0,6	-1,3	-1,9	-2,1	-2,0	-2,4	-2,4	3,1
Bruttowertschöpfung (unber.)	3,5	2,2	4,4	4,6	4,6	2,3	2,6	2,4	1,5	4,4	0,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt	3,2	1,7	4,1	4,4	4,3	1,8	2,3	1,9	0,9	3,8	0,0	2,2
Arbeitsvolumen	-2,6	-3,8	-2,0	-0,8	-1,9	-4,2	-2,0	-4,8	-4,3	-1,1	-3,2	-0,4
Erwerbstätige	-2,0	-3,0	-1,9	-1,4	-2,4	-2,9	-2,7	-3,5	-2,9	-2,2	-1,4	0,5
Produktivität	6,0	5,7	6,3	5,2	6,3	6,3	4,3	7,0	5,4	4,9	3,3	2,6
Einkommen a. unselbst. Arbeit ²⁾	1,4	-1,0	1,8	2,2	-0,1	0,6	-0,5	-2,2	-1,8	-1,4	-0,7	0,7
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	-1,7	-2,7	-2,2	-2,2	-4,2	-1,2	-2,6	-3,9	-2,7	-5,0	-0,7	-1,4

¹⁾ Veränderung in % gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Inlandskonzept. — ³⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3); die Vierteljahre für das Arbeitsvolumen — und damit die der Produktivität und der Lohnstückkosten — sind eigene Berechnungen, basierend auf Jahresergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Saisonbereinigte Werte¹⁾**

	1995	1996				1997				1998		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Bundesrepublik Deutschland						Mrd. DM						
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	10,1	10,9	11,1	11,5	11,7	11,2	11,2	11,3	10,9	11,2	11,2	11,2
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	255,6	254,5	254,3	256,5	256,8	256,1	263,3	263,7	266,6	272,8	268,3	272,7
Handel und Verkehr ²⁾	109,7	110,0	110,1	111,0	111,7	112,0	113,5	113,8	114,5	116,8	116,6	117,4
Dienstleistungen ²⁾	250,1	254,7	258,0	259,5	262,6	265,5	266,9	270,5	273,2	274,8	279,2	280,7
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	100,9	101,2	101,4	101,5	101,4	101,1	101,0	101,0	101,0	101,2	101,5	101,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	726,7	732,3	734,4	740,2	743,9	743,7	757,5	760,6	765,8	778,0	774,9	784,8
Bruttoinlandsprodukt	749,2	753,7	755,0	761,1	763,8	763,0	776,7	778,6	783,3	794,1	790,1	799,0
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	13 629	13 691	13 524	13 568	13 429	13 197	13 491	13 304	13 328	13 447	13 189	13 293
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	34 732	34 599	34 510	34 371	34 196	34 071	33 985	33 902	33 888	33 886	33 924	34 010
Produktivität (DM)	55,0	55,1	55,9	56,1	56,9	57,8	57,6	58,5	58,8	59,1	60,0	60,1
Eink. a. unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ³⁾	475,4	475,4	475,0	477,4	477,0	477,6	477,6	476,4	478,1	479,7	483,1	485,0
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	113,0	112,3	112,0	111,7	111,2	111,4	109,5	108,9	108,7	107,6	108,9	108,1
Westdeutschland						Mrd. DM						
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	8,4	9,1	9,2	9,7	9,6	9,3	9,2	9,2	9,0	9,2	9,2	9,2
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	227,5	226,4	225,1	227,0	227,1	226,6	233,0	233,2	235,7	241,3	237,8	241,6
Handel und Verkehr ²⁾	99,2	99,5	99,5	100,3	100,9	101,2	102,6	103,1	103,7	105,9	105,9	106,6
Dienstleistungen ²⁾	232,7	237,0	240,0	241,4	244,2	247,0	248,4	251,8	254,3	255,7	259,7	261,0
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	89,0	89,3	89,5	89,6	89,6	89,3	89,3	89,4	89,5	89,7	90,0	90,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	657,1	662,1	662,9	668,1	671,2	671,4	684,0	687,0	692,0	703,0	700,8	709,3
Bruttoinlandsprodukt	679,4	683,4	683,4	688,9	691,2	691,0	703,5	705,3	709,9	719,6	716,7	724,2
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	11 014	11 073	10 914	10 953	10 850	10 672	10 950	10 817	10 849	10 952	10 731	10 816
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	28 375	28 291	28 225	28 104	27 995	27 926	27 877	27 861	27 868	27 871	27 902	27 942
Produktivität (DM)	61,7	61,8	62,7	62,9	63,7	64,7	64,3	65,2	65,5	65,8	66,9	67,0
Eink. a. unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ³⁾	406,5	407,1	406,2	408,1	408,1	408,8	409,2	408,6	410,5	411,9	415,2	416,7
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	111,0	110,5	110,2	109,9	109,5	109,7	107,9	107,4	107,2	106,2	107,5	106,7
Ostdeutschland						Mrd. DM						
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	1,7	1,8	1,9	1,8	2,0	1,9	2,0	2,1	1,9	2,0	2,0	2,0
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	28,0	28,1	29,2	29,5	29,7	29,5	30,3	30,5	30,8	31,5	30,5	31,0
Handel und Verkehr ²⁾	10,5	10,5	10,6	10,7	10,7	10,7	10,8	10,8	10,8	10,9	10,7	10,8
Dienstleistungen ²⁾	17,4	17,7	18,0	18,2	18,4	18,5	18,5	18,7	18,8	19,0	19,5	19,7
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	11,9	11,9	11,9	11,9	11,8	11,8	11,7	11,6	11,6	11,5	11,5	11,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	69,6	70,2	71,5	72,1	72,7	72,2	73,5	73,7	73,8	75,0	74,1	75,5
Bruttoinlandsprodukt	69,8	70,3	71,6	72,1	72,6	72,0	73,2	73,3	73,3	74,5	73,4	74,8
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	2 615	2 618	2 611	2 615	2 579	2 525	2 541	2 487	2 479	2 496	2 458	2 477
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	6 357	6 308	6 285	6 267	6 200	6 145	6 108	6 040	6 020	6 015	6 022	6 068
Produktivität (DM)	26,8	26,9	27,5	27,7	28,2	28,6	28,9	29,5	29,8	29,9	29,9	30,3
Eink. a. unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ³⁾	68,9	68,3	68,8	69,3	68,9	68,8	68,4	67,8	67,6	67,8	67,9	68,3
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	115,9	114,2	112,8	112,7	111,3	112,1	109,7	108,6	108,2	106,9	108,6	107,2

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Inlandskonzept. — ⁴⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3); die Vierteljahre für das Arbeitsvolumens — und damit die der Produktivität und der Lohnstückkosten — sind eigene Berechnungen, basierend auf Jahresergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Entwicklung der saisonbereinigten Werte¹⁾

	1995 IV	1996 I II III IV				1997 I II III IV				1998 I II III		
Bundesrepublik Deutschland												
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	-2,5	7,5	2,0	4,0	1,0	-4,0	-0,5	1,0	-3,0	2,0	0,0	0,0
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	-0,5	-0,5	0,0	1,0	0,0	-0,5	3,0	0,0	1,0	2,5	-1,5	1,5
Handel und Verkehr ²⁾	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	2,0	0,0	0,5
Dienstleistungen ²⁾	1,0	2,0	1,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,5	1,0	0,5	1,5	0,5
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung (unber.)	0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	0,0	2,0	0,5	0,5	1,5	-0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	0,0	1,0	0,5	0,0	2,0	0,0	0,5	1,5	-0,5	1,0
Arbeitsvolumen	-0,5	0,5	-1,0	0,5	-1,0	-1,5	2,0	-1,5	0,0	1,0	-2,0	1,0
Erwerbstätige	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,5
Produktivität	0,5	0,0	1,5	0,5	1,5	1,5	-0,5	1,5	0,5	0,5	1,5	0,0
Eink. a. unselbst. Arbeit ³⁾	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	-2,0	-0,5	-0,5	-1,0	1,0	-0,5
Westdeutschland												
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	-1,5	8,0	1,5	5,5	-0,5	-4,0	-0,5	-0,5	-1,5	2,0	0,5	-0,5
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	-0,5	-0,5	-0,5	1,0	0,0	0,0	3,0	0,0	1,0	2,5	-1,5	1,5
Handel und Verkehr ²⁾	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	2,0	0,0	0,5
Dienstleistungen ²⁾	1,0	2,0	1,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,5	1,0	0,5	1,5	0,5
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	0,5	1,0	0,0	1,0	0,5	0,0	2,0	0,5	0,5	1,5	-0,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5	0,0	2,0	0,5	0,5	1,5	-0,5	1,0
Arbeitsvolumen	0,0	0,5	-1,5	0,5	-1,0	-1,5	2,5	-1,0	0,5	1,0	-2,0	1,0
Erwerbstätige	-0,5	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Produktivität	0,5	0,0	1,5	0,5	1,5	1,5	-0,5	1,5	0,5	0,5	1,5	0,0
Eink. a. unselbst. Arbeit ³⁾	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	0,0	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	0,0	-1,5	-0,5	0,0	-1,0	1,0	-0,5
Ostdeutschland												
Land- u. Forstwirtschaft ²⁾	-6,5	6,5	4,0	-2,5	11,5	-5,5	1,0	7,0	-9,0	3,0	-0,5	2,5
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	1,0	0,5	3,5	1,0	1,0	-1,0	3,0	1,0	1,0	2,5	-3,0	1,5
Handel und Verkehr ²⁾	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0	-0,5	0,5	0,5	-1,5	0,5
Dienstleistungen ²⁾	1,5	1,5	1,5	1,0	1,0	0,5	0,0	1,0	1,0	1,0	2,5	1,0
Staat u. priv. Org. o. Erwerbszweck	-0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,5	-0,5	0,0	3,5
Bruttowertschöpfung (unber.)	0,5	1,0	2,0	1,0	1,0	-0,5	2,0	0,5	0,5	1,5	-1,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	2,0	1,0	0,5	-1,0	1,5	0,0	0,0	1,5	-1,5	2,0
Arbeitsvolumen	-1,0	0,0	-0,5	0,0	-1,5	-2,0	0,5	-2,0	-0,5	0,5	-1,5	1,0
Erwerbstätige	0,0	-1,0	-0,5	-0,5	-1,0	-1,0	-0,5	-1,0	-0,5	0,0	0,0	1,0
Produktivität	1,5	0,5	2,5	0,5	2,0	1,5	1,0	2,0	1,0	0,0	0,0	1,0
Eink. a. unselbst. Arbeit ³⁾	1,5	-1,0	0,5	0,5	-0,5	0,0	-0,5	-1,0	-0,5	0,5	0,0	0,5
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	1,0	-1,5	-1,0	0,0	-1,5	0,5	-2,0	-1,0	-0,5	-1,0	1,5	-1,5

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in % gegenüber Vorquartal. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Inlandskonzept. — ⁴⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3); die Vierteljahre für das Arbeitsvolumen — und damit die der Produktivität und der Lohnstückkosten — sind eigene Berechnungen, basierend auf Jahresergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Ursprungswerte¹⁾**

	1996	1997	1996			1997				1998		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. a. unselbst. Arbeit	1 902,5	1 907,0	455,1	471,5	535,7	442,5	458,4	469,6	536,5	444,7	464,3	478,1
Bruttolohn- u. -gehaltssumme	1 526,6	1 519,8	364,8	378,8	429,5	352,2	364,4	375,0	428,2	354,4	370,1	382,0
Nettolohn- u. -gehaltssumme	999,6	982,4	237,2	253,7	272,4	231,8	233,1	248,1	269,3	233,4	236,8	253,2
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	754,5	828,7	197,4	197,6	169,8	192,8	221,2	226,7	187,9	229,6	227,1	242,8
Indirekte Steuern abz. Subv.	379,5	392,9	94,7	95,2	96,4	95,6	98,2	98,5	100,6	94,9	104,4	101,8
Abschreibungen	461,0	471,5	115,2	115,5	115,9	116,8	117,7	118,1	118,9	119,3	120,3	120,8
Bruttoinlandsprodukt	3 497,5	3 600,1	862,4	879,7	917,8	847,7	895,5	913,0	943,9	888,5	916,1	943,5
Nachrichtlich: Verfügbares												
Einkommen der privaten Haushalte	2 312,4	2 355,1	560,1	561,8	621,4	576,3	573,6	570,5	634,8	590,3	584,6	584,2
Sparquote ²⁾	11,5	11,0	10,0	9,4	13,2	12,8	9,5	9,1	12,6	12,4	9,7	9,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	2 046,4	2 095,2	504,4	509,3	539,3	502,4	519,4	518,9	554,6	517,3	528,1	530,2
Öffentlicher Verbrauch	705,1	703,4	166,2	172,2	203,9	165,4	168,7	170,1	199,1	165,0	170,0	172,5
Anlageinvestitionen	723,4	722,9	190,8	191,4	192,0	151,0	191,0	189,2	191,7	159,9	185,5	187,8
Bauten	455,5	443,5	124,2	126,8	113,5	91,8	120,8	121,6	109,3	93,2	111,4	116,5
Ausrüstungen	267,9	279,5	66,7	64,5	78,6	59,2	70,2	67,6	82,5	66,7	74,1	71,3
Vorratsveränderung	5,9	47,6	-4,4	12,8	-26,7	30,1	3,5	28,6	-14,6	39,5	20,0	46,7
Außenbeitrag	42,7	54,9	8,5	6,8	16,1	7,1	15,4	11,8	20,6	16,7	19,1	17,0
Ausfuhr	866,2	971,8	211,4	214,1	230,3	221,5	241,8	247,7	260,9	249,3	259,2	258,7
darunter: Waren	751,0	845,8	183,5	184,6	200,4	193,9	210,5	214,6	226,7	220,8	227,2	222,4
Einfuhr	823,5	916,9	202,9	207,3	214,1	214,4	226,4	235,9	240,3	232,5	240,1	241,7
darunter: Waren	646,2	723,9	160,0	156,2	170,4	170,9	179,2	180,6	193,2	187,2	191,4	184,0
Bruttoinlandsprodukt	3 523,5	3 624,0	865,5	892,4	924,6	856,0	898,0	918,5	951,5	898,4	922,7	954,2
Zu Preisen von 1991 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 757,6	1 765,7	434,6	439,5	459,7	422,9	439,8	438,5	464,6	430,8	441,3	444,2
Öffentlicher Verbrauch	616,9	612,7	151,5	153,6	163,7	149,7	152,8	151,4	159,0	149,7	153,7	152,7
Anlageinvestitionen	656,1	656,5	172,4	173,1	175,5	136,9	173,0	171,4	175,2	146,1	168,9	171,1
Bauten	396,1	386,4	107,9	110,4	99,3	79,2	105,3	106,1	95,8	81,3	97,5	102,1
Ausrüstungen	260,0	270,1	64,5	62,6	76,2	57,6	67,7	65,3	79,4	64,8	71,4	69,0
Vorratsveränderung	4,1	41,9	-2,8	10,7	-24,6	24,8	4,0	26,0	-13,0	31,5	19,0	41,5
Außenbeitrag	0,0	24,6	-2,3	-4,5	6,7	0,3	6,8	3,7	13,9	7,8	6,4	2,2
Ausfuhr	832,5	924,8	202,6	205,7	221,7	212,4	230,0	234,8	247,6	235,6	244,4	244,1
darunter: Waren	731,7	816,1	177,9	180,1	195,7	188,5	202,6	206,6	218,4	211,1	217,1	213,2
Einfuhr	832,5	900,2	204,9	210,2	215,0	212,1	223,2	231,1	233,7	227,8	238,0	241,8
darunter: Waren	670,3	729,4	165,0	162,9	176,1	173,7	180,7	181,9	193,2	188,5	194,7	191,1
Bruttoinlandsprodukt	3 034,6	3 101,4	753,4	772,4	781,0	734,5	776,3	790,9	799,7	765,9	789,3	811,7
Nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt	3 012,0	3 080,9	750,7	761,3	775,2	727,3	774,1	786,2	793,3	757,4	783,6	802,6
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	116,4	118,7	116,1	115,9	117,3	118,8	118,1	118,3	119,4	120,1	119,7	119,4
Öffentlicher Verbrauch	114,3	114,8	109,7	112,1	124,5	110,5	110,5	112,4	125,3	110,2	110,6	113,0
Bauten	115,0	114,8	115,1	114,8	114,3	115,9	114,8	114,6	114,1	114,6	114,2	114,1
Ausrüstungen	103,1	103,5	103,4	103,0	103,2	102,7	103,7	103,4	103,8	102,9	103,8	103,4
Ausfuhr	104,0	105,1	104,3	104,1	103,9	104,3	105,1	105,5	105,4	105,8	106,1	106,0
Einfuhr	98,9	101,9	99,0	98,6	99,6	101,1	101,4	102,1	102,8	102,1	100,9	100,0
Nachrichtlich: Terms of Trade	105,2	103,2	105,4	105,6	104,3	103,2	103,7	103,3	102,5	103,7	105,2	106,1
Bruttoinlandsprodukt	116,1	116,9	114,9	115,5	118,4	116,5	115,7	116,1	119,0	117,3	116,9	117,6

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
Entwicklung der Ursprungswerte¹⁾**

	1996	1997	1996			1997				1998		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. unselbst. Arbeit	1,0	0,2	0,8	0,8	0,3	0,5	0,7	-0,4	0,2	0,5	1,3	1,8
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	0,7	-0,4	0,7	0,6	-0,2	-0,4	-0,1	-1,0	-0,3	0,6	1,6	1,9
Nettolohn- u. -gehaltsumme	2,4	-1,7	3,1	2,6	0,8	-1,9	-1,7	-2,2	-1,1	0,7	1,6	2,0
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	5,4	9,8	3,3	5,0	11,1	1,6	12,1	14,7	10,7	19,0	2,7	7,1
Indirekte Steuern abz. Subv.	1,0	3,5	1,2	0,0	1,9	2,5	3,7	3,6	4,3	-0,7	6,3	3,3
Abschreibungen	2,1	2,3	2,1	1,8	1,7	2,1	2,2	2,3	2,6	2,2	2,2	2,2
Bruttosozialprodukt	2,1	2,9	1,6	1,8	2,5	1,2	3,8	3,8	2,8	4,8	2,3	3,3
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,7	1,8	3,1	3,6	3,4	1,3	2,4	1,5	2,1	2,4	1,9	2,4
Sparquote	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	3,6	2,4	2,9	4,0	3,4	1,8	3,0	1,9	2,8	2,9	1,7	2,2
Öffentlicher Verbrauch	2,7	-0,2	3,6	2,4	0,3	1,6	1,5	-1,2	-2,3	-0,2	0,7	1,4
Anlageinvestitionen	-1,7	-0,1	-1,0	1,0	1,0	1,2	0,1	-1,2	-0,2	5,9	-2,9	-0,7
Bauten	-3,8	-2,7	-2,5	0,2	-0,9	0,8	-2,7	-4,1	-3,7	1,5	-7,8	-4,2
Ausrüstungen	2,1	4,3	1,7	2,8	3,9	1,8	5,3	4,7	5,0	12,6	5,5	5,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	5,5	12,2	2,9	6,9	7,7	5,2	14,4	15,7	13,3	12,6	7,2	4,5
darunter: Waren	4,9	12,6	1,7	6,5	8,2	6,2	14,8	16,3	13,1	13,9	8,2	3,6
Einfuhr	3,7	11,4	1,7	4,0	6,1	7,6	11,6	13,8	12,2	8,5	6,1	2,5
darunter: Waren	3,1	12,0	1,3	2,9	5,3	7,1	12,0	15,6	13,4	9,5	6,8	1,9
Bruttoinlandsprodukt	2,3	2,9	2,1	2,8	2,4	1,8	3,8	2,9	2,9	5,0	2,8	3,9
Zu Preisen von 1991												
Privater Verbrauch	1,6	0,5	0,8	1,8	1,5	-0,2	1,2	-0,2	1,1	1,9	0,4	1,3
Öffentlicher Verbrauch	2,7	-0,7	3,5	3,5	0,7	1,1	0,8	-1,5	-2,9	0,1	0,6	0,9
Anlageinvestitionen	-1,2	0,1	-0,6	1,6	1,7	1,2	0,4	-1,0	-0,1	6,8	-2,4	-0,2
Bauten	-3,1	-2,5	-1,7	1,2	0,3	0,9	-2,4	-4,0	-3,5	2,7	-7,4	-3,8
Ausrüstungen	1,9	3,9	1,4	2,4	3,7	1,7	5,0	4,3	4,3	12,4	5,5	5,6
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	5,1	11,1	2,1	6,9	7,7	4,9	13,5	14,1	11,7	10,9	6,3	3,9
darunter: Waren	4,7	11,5	1,1	6,7	8,3	5,9	13,9	14,7	11,6	12,0	7,1	3,2
Einfuhr	2,9	8,1	0,4	3,1	4,4	4,8	9,0	9,9	8,7	7,4	6,6	4,7
darunter: Waren	3,1	8,8	0,7	2,9	4,1	4,4	9,5	11,6	9,7	8,6	7,7	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,3	2,2	1,1	2,2	1,8	0,9	3,0	2,4	2,4	4,3	1,7	2,6
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,0	2,3	0,6	1,2	1,9	0,3	3,1	3,3	2,3	4,1	1,2	2,1
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	2,0	1,9	2,1	2,1	1,9	2,0	1,8	2,1	1,7	1,1	1,3	0,9
Öffentlicher Verbrauch	0,0	0,4	0,1	-1,1	-0,4	0,5	0,7	0,3	0,6	-0,3	0,1	0,5
Bauten	-0,6	-0,2	-0,8	-1,0	-1,2	-0,1	-0,3	-0,2	-0,2	-1,1	-0,5	-0,5
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	0,3	0,4	0,6	0,2	0,1	-0,1
Ausfuhr	0,3	1,0	0,7	0,0	0,0	0,3	0,8	1,3	1,4	1,5	0,9	0,5
Einfuhr	0,7	3,0	1,3	0,9	1,6	2,7	2,4	3,5	3,2	1,0	-0,5	-2,1
Nachrichtlich: Terms of Trade	-0,4	-1,9	-0,6	-0,9	-1,6	-2,3	-1,6	-2,1	-1,7	0,5	1,4	2,7
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,6	1,0	0,6	0,6	0,9	0,7	0,5	0,5	0,7	1,1	1,2

1) Veränderung in % gegenüber Vorjahr.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
Saisonbereinigte Werte¹⁾**

	1995 IV	1996					1997				1998		
		I	II	III	IV		I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts													
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾													
Bruttoeink. a. unselbst. Arbeit	1 900	1 900	1 898	1 908	1 906	1 908	1 908	1 903	1 910	1 916	1 930	1 938	
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 527	1 528	1 525	1 530	1 525	1 522	1 521	1 517	1 521	1 530	1 542	1 546	
Nettolohn- u. -gehaltsumme	983	1 001	1 001	1 002	995	984	983	980	983	991	997	1 001	
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	714	745	739	748	781	765	837	854	857	910	866	912	
Indirekte Steuern abz. Subv.	376	378	378	379	382	391	389	393	398	392	411	407	
Abschreibungen	456	458	460	462	464	467	470	473	476	478	481	483	
Bruttosozialprodukt	3 446	3 481	3 474	3 496	3 534	3 532	3 604	3 623	3 640	3 696	3 688	3 740	
Nachrichtlich: Verfügbares													
Einkommen der privaten Haushalte	2 255	2 296	2 298	2 321	2 330	2 329	2 352	2 357	2 379	2 389	2 396	2 413	
Sparquote ²⁾	11,4	11,6	11,5	11,3	11,4	11,2	11,0	11,0	10,8	10,8	11,1	11,1	
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts													
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾													
Privater Verbrauch	1 996	2 027	2 033	2 058	2 063	2 068	2 093	2 098	2 120	2 129	2 129	2 144	
Öffentlicher Verbrauch	702	703	703	709	711	710	708	702	696	706	712	712	
Anlageinvestitionen	720	708	726	731	728	718	727	723	727	744	711	718	
Bauten	459	444	460	461	455	448	448	441	439	445	415	421	
Ausrüstungen	261	265	266	269	273	270	279	282	288	298	296	297	
Vorratsveränderung	15	11	5	-3	10	33	36	55	61	69	104	121	
Außenbeitrag	32	41	34	42	45	36	58	59	63	76	74	79	
Ausfuhr	830	840	847	865	891	924	951	991	1013	1018	1044	1033	
darunter: Waren	718	726	733	751	777	805	825	865	883	893	915	896	
Einfuhr	797	798	812	822	846	888	893	931	950	941	969	954	
darunter: Waren	628	629	638	643	663	698	702	737	753	747	770	751	
Bruttoinlandsprodukt	3 466	3 491	3 501	3 537	3 558	3 566	3 623	3 637	3 669	3 725	3 730	3 775	
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾													
Privater Verbrauch	1 735	1 755	1 749	1 764	1 760	1 753	1 770	1 763	1 777	1 785	1 776	1 787	
Öffentlicher Verbrauch	611	613	616	621	621	618	617	612	606	616	619	618	
Anlageinvestitionen	649	641	658	663	661	651	660	657	661	679	650	656	
Bauten	396	384	399	401	397	389	390	384	383	390	364	369	
Ausrüstungen	253	257	258	261	265	262	270	273	278	289	286	288	
Vorratsveränderung	15	10	4	-5	5	29	30	49	54	56	91	105	
Außenbeitrag	-15	-6	-7	1	6	4	26	30	34	37	26	24	
Ausfuhr	797	808	813	832	856	885	906	941	959	961	986	976	
darunter: Waren	699	707	714	732	756	782	797	832	847	854	876	859	
Einfuhr	812	814	821	831	850	880	879	910	925	924	960	952	
darunter: Waren	653	658	661	667	684	711	710	740	753	753	785	775	
Bruttoinlandsprodukt	2 996	3 012	3 019	3 044	3 055	3 055	3 104	3 112	3 133	3 173	3 163	3 192	
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 977	3 000	2 995	3 009	3 034	3 029	3 084	3 099	3 108	3 145	3 130	3 158	
Preisentwicklung (1991 = 100)													
Privater Verbrauch	115,0	115,6	116,3	116,6	117,2	118,0	118,3	119,0	119,3	119,3	119,9	120,0	
Öffentlicher Verbrauch	114,6	114,4	114,0	113,9	114,1	114,7	114,7	114,5	114,8	114,4	114,8	115,0	
Bauten	116,1	115,6	115,1	114,9	114,8	115,2	114,8	114,7	114,6	114,0	114,2	114,1	
Ausrüstungen	102,9	102,9	103,0	103,1	103,0	103,2	103,4	103,5	103,6	103,4	103,4	103,4	
Ausfuhr	104,1	104,0	104,1	103,9	104,1	104,4	104,9	105,3	105,6	105,9	105,8	105,9	
Einfuhr	98,1	98,0	99,0	99,0	99,6	100,8	101,4	102,4	102,7	101,9	101,0	100,2	
Nachrichtlich: Terms of Trade	106,1	106,1	105,2	105,1	104,6	103,6	103,4	102,9	102,9	104,0	104,8	105,7	
Bruttoinlandsprodukt	115,7	115,9	115,9	116,2	116,5	116,7	116,7	116,9	117,1	117,4	117,9	118,3	

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
Entwicklung der saisonbereinigten Werte¹⁾

	1995 IV	1996 I II III IV				1997 I II III IV				1998 I II III		
Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. unselbst. Arbeit	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	0,5	0,0	0,0	0,5	-0,5	0,0	0,0	-0,5	0,5	0,5	1,0	0,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	0,5	2,0	0,0	0,0	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,5	1,0	0,5	0,5
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	0,0	4,5	-1,0	1,5	4,5	-2,0	9,5	2,0	0,5	6,0	-5,0	5,5
Indirekte Steuern abz. Subv.	-1,0	0,5	0,0	0,0	1,0	2,5	-0,5	1,0	1,0	-1,5	5,0	-1,0
Abschreibungen	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttosozialprodukt	0,0	1,0	0,0	0,5	1,0	0,0	2,0	0,5	0,5	1,5	0,0	1,5
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	0,5	2,0	0,0	1,0	0,5	0,0	1,0	0,0	1,0	0,5	0,5	0,5
Sparquote	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	1,5	0,5	1,5	0,5	0,0	1,0	0,0	1,0	0,5	0,0	0,5
Öffentlicher Verbrauch	1,5	0,0	0,0	1,0	0,5	0,0	0,0	-1,0	-1,0	1,5	1,0	0,0
Anlageinvestitionen	-1,0	-1,5	2,5	0,5	-0,5	-1,5	1,0	-0,5	0,5	2,5	-4,5	1,0
Bauten	-1,5	-3,5	3,5	0,5	-1,5	-1,5	0,0	-1,5	-0,5	1,5	-6,5	1,5
Ausrüstungen	-0,5	1,5	0,5	1,5	1,0	-1,0	3,0	1,0	2,0	3,5	-1,0	0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	1,0	1,0	1,0	2,0	3,0	3,5	3,0	4,5	2,0	0,5	2,5	-1,0
darunter: Waren	0,0	1,0	1,0	2,5	3,5	3,5	2,5	5,0	2,0	1,0	2,5	-2,0
Einfuhr	0,0	0,0	2,0	1,0	3,0	5,0	0,5	4,5	2,0	-1,0	3,0	-1,5
darunter: Waren	-0,5	0,0	1,5	1,0	3,0	5,5	0,5	5,0	2,0	-1,0	3,0	-2,5
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,0	1,5	0,5	1,0	1,5	0,0	1,0
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,0	1,0	-0,5	1,0	0,0	-0,5	1,0	-0,5	1,0	0,5	-0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	1,5	0,5	0,5	1,0	0,0	-0,5	0,0	-1,0	-1,0	1,5	0,5	0,0
Anlageinvestitionen	-1,0	-1,0	2,5	1,0	0,0	-1,5	1,5	-0,5	0,5	2,5	-4,5	1,0
Bauten	-1,5	-3,0	4,0	0,5	-1,0	-2,0	0,5	-1,5	-0,5	2,0	-6,5	1,5
Ausrüstungen	-0,5	1,5	0,5	1,0	1,0	-1,0	3,0	1,0	2,0	4,0	-1,0	0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	0,5	1,5	0,5	2,5	3,0	3,5	2,5	4,0	2,0	0,0	2,5	-1,0
darunter: Waren	0,0	1,0	1,0	2,5	3,5	3,5	2,0	4,5	2,0	1,0	2,5	-2,0
Einfuhr	0,0	0,5	1,0	1,0	2,5	3,5	0,0	3,5	1,5	0,0	4,0	-1,0
darunter: Waren	0,0	0,5	0,5	1,0	2,5	4,0	0,0	4,0	2,0	0,0	4,5	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5	1,5	-0,5	1,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	0,0	1,0	0,0	0,5	1,0	0,0	2,0	0,5	0,5	1,0	-0,5	1,0
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	-0,5	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	-0,5	0,5	0,0
Bauten	0,0	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,5	-0,5	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0
Ausrüstungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausfuhr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0
Einfuhr	0,0	0,0	1,0	0,0	0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	-1,0	-1,0	-1,0
Nachrichtlich: Terms of Trade	0,0	0,0	-1,0	0,0	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,0	1,0	1,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

bei den Lieferungen gekommen, der mit 2 % relativ deutlich ausfiel. Dabei haben sich vor allem die Ausfuhren in die von der Asienkrise und vom Preisverfall bei Rohstoffen betroffenen Länder abgeschwächt, die nach Europa und Nordamerika konnten dagegen nochmals erhöht werden. Ebenfalls rückläufig — wenn auch schwächer als die Exporte — entwickelten sich im Berichtszeitraum die Warenimporte; sie waren allerdings im Vorquartal besonders stark ausgeweitet worden. Bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr verringerte sich der reale Handelsbilanzsaldo abermals. Da sich gleichzeitig das Defizit in der Dienstleistungsbilanz in etwa gleichem Ausmaß verbesserte, hielt sich jedoch im Berichtszeitraum der *Außenbeitrag* annähernd auf dem Niveau des Vorquartals. In nominaler Rechnung kam es dagegen zu einem Anstieg, da es erneut (wegen rückläufiger Importpreise) zu einer spürbaren Verbesserung der Terms of Trade im Berichtsquartal kam.

Ausblick auf das vierte Quartal

Für das letzte Quartal dieses Jahres zeichnet sich noch keine drastische Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Die in die nähere Zukunft weisenden Auftragseingänge aus dem Ausland bei der Industrie zeigten zwar in den letzten Monaten deutlich nach unten (–3 %), aber die Inlandsnachfrage nahm leicht zu (0,7 %). Die jüngsten Umfrageergebnisse (ifo-Konjunkturtest) bestätigen jedoch, daß sich das Geschäftsklima bei der Industrie merklich abgekühlt hat. Dafür spricht auch, daß die Inlandsaufträge bei den Vorleistungsgüterproduzenten zuletzt deutlich zurückgingen.

Der jüngste Anstieg bei den inländischen Ordereingängen resultierte fast ausschließlich aus der Entwicklung im Investitionsgüterbereich. In den letzten beiden Monaten ist hier die Nachfrage nochmals kräftig, nämlich um etwa 2 %,

ausgeweitet worden. Dies wird dazu führen, daß die Ausrüstungsinvestitionen im letzten Jahresviertel stärker als im Vorquartal expandieren. Allerdings wird sich die Investitionsneigung infolge der nachlassenden Auslands- und der nur schwach steigenden Inlandsnachfrage zunehmend verschlechtern.

Bei den Bauinvestitionen ist dagegen aufgrund der gestiegenen Auftragsbestände in den letzten Monaten eine leichte Entspannung eingetreten. Angesichts der immer noch hohen Leerstände bei Wohnbauten und Bürogebäuden ist es allerdings fraglich, ob die Umsetzung der Auftragsbestände in Produktion zügig vorgenommen und es schon im letzten Quartal dieses Jahres zu einer Ausweitung der Bauproduktion kommen wird.

Beim privaten Verbrauch wird sich der Anstieg in den kommenden Monaten vermutlich nicht beschleunigen. Der Klimaindex für den Einzelhandel hat sich im September wieder etwas verschlechtert. Dabei spielt eine Rolle, daß sich die konjunkturellen Aussichten verdüstert haben. In jüngster Zeit dürfte hinzugekommen sein, daß die Diskussion um die Reformpläne der neuen Regierung zusätzliche Unsicherheit erzeugt haben. Gestützt werden könnte das Nachfrageverhalten aber von der stabilen Preisentwicklung.

Der reale Außenbeitrag wird im Jahresendquartal spürbar zurückgehen. Dabei werden die Exporte — wie die Auslandsorders vermuten lassen — weiter kräftig sinken, das Wachstum der Importe wird sich aber wieder stärker dem Tempo der Entwicklung der Inlandsnachfrage annähern, zumal die Preise für Importe bis zuletzt spürbar sanken.

Treffen die erwarteten Einzelentwicklungen ein, wird das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit etwa einem viertel Prozent vermutlich nicht viel geringer sein als im Vorquartal (bereinigt: 0,4 %). Das entsprechende Vorjahresquartal würde dabei um 2,3 % übertroffen, für das Jahr 1998 errechnet sich damit ein Zuwachs für das reale Bruttoinlandsprodukt von 2,7 %.

Verarbeitendes Gewerbe: Aufschwung deutlich verlangsamt

In der deutschen Industrie hat sich die konjunkturelle Erholung im Verlauf dieses Jahres deutlich verlangsamt. Die nachlassende Exportdynamik konnte nicht durch einen Anstieg der Binnennachfrage aufgefangen werden.

Von den Krisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika gingen zuletzt spürbar dämpfende Einflüsse auf den Export deutscher Industrieerzeugnisse aus. Zwar ist der Anteil der einzelnen Krisenländer an der Ausfuhr der deutschen Industrie relativ gering. Insgesamt ist aber rund ein Achtel ihrer Exporte betroffen. Als Folge des Produktionseinbruchs in den südostasiatischen Schwellenländern ist die Ausfuhr in diese Region seit Herbst 1997 um rund ein Drittel gesunken. Auch die Lieferungen in die anderen Schwellen- und Entwicklungsländer tendierten zur Schwäche. Demgegenüber blieb die Dynamik der Ausfuhr in die westeuropäischen und die mittelosteuropäischen Volkswirtschaften bis zum dritten Quartal dieses Jahres hoch.

Der private Verbrauch blieb in der Grundtendenz nur moderat aufwärtsgerichtet. Die Kapazitätsauslastung sinkt in weiten Bereichen der Industrie bereits seit dem Frühjahr. Im Sommerhalbjahr sind die Ausrüstungsinvestitionen kaum noch gestiegen.

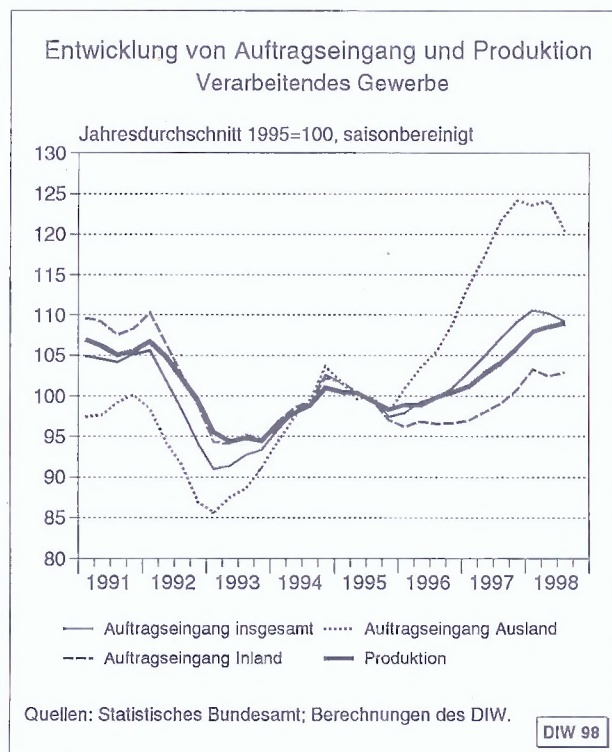
Die industrielle Produktion expandierte im Verlauf des Sommerhalbjahres schwächer (2 % Jahresrate) als im vorangegangenen Winterhalbjahr (8 %). In den ersten Monaten des Jahres hatte das Wetter die Produktion in einer Reihe baunaher Branchen des verarbeitenden Gewerbes begünstigt. Die im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung vorgezogenen Käufe haben indes die Produktion nur wenig betroffen.

Insgesamt zeichnet sich nach den Ergebnissen des dritten Quartals 1998 — auch wenn diese noch nach oben korrigiert werden dürften — folgendes Konjunkturbild im verarbeitenden Gewerbe ab:

Bei der überwiegenden Zahl der Vorleistungsproduzenten hat die Entwicklung¹ im Sommer den Zenit überschritten. Die Auslandsnachfrage ist seit Beginn des Jahres deutlich rückläufig; die Inlandsnachfrage nahm dagegen erst in jüngster Zeit ab. Die Produktion blieb in den beiden letzten Quartalen nahezu auf gleichem Niveau.

Die Nachfrage nach Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien ging auch im dritten Quartal leicht zurück. Dies ist allein auf den Einbruch der Auftragseingänge aus dem Ausland (drittes Quartal: -5 %) zurückzuführen, denn die Inlandsnachfrage ist nach dem Rückgang im zweiten Quartal wieder gestiegen. Dank hoher Auftragsbestände konnten die Investitionsgüterhersteller ihre Produktionstätigkeit zunächst noch weiter ausdehnen.

Abbildung 1



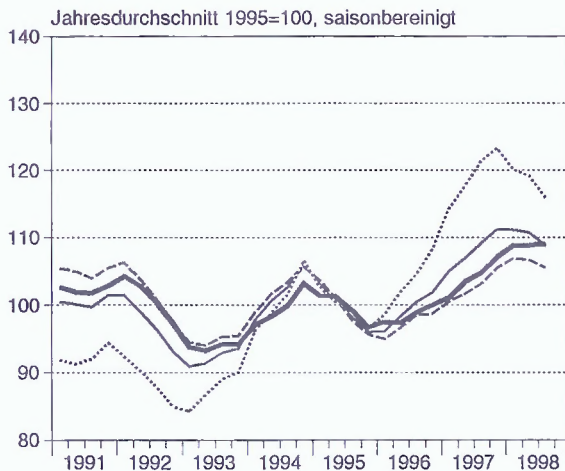
Die Gebrauchsgüterhersteller, sieht man von der Automobilindustrie ab, und vor allem die Verbrauchsgüterhersteller sind nach wie vor auf den Auslandsabsatz ihrer Produkte angewiesen. Die inländische Nachfrage nach Gebrauchs- und Verbrauchsgütern der deutschen Industrie ist in der überwiegenden Zahl der Industriesektoren seit Jahren rückläufig, so daß der Ausfuhranteil an der Produktion beider Produzentengruppen deutlich gestiegen ist — bei den Gebrauchsgüterherstellern von 1991 bis 1997 von 24 % auf 27 % und bei den Verbrauchsgüterherstellern von 13 % auf 16 %.

Während die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, seit 1993 stagniert, steigt die der Gebrauchsgüterhersteller seit Mitte vorigen Jahres. Überwiegend ist dies jedoch auf die überaus starke Steigerung des Outputs der Automobilindustrie zurückzuführen.

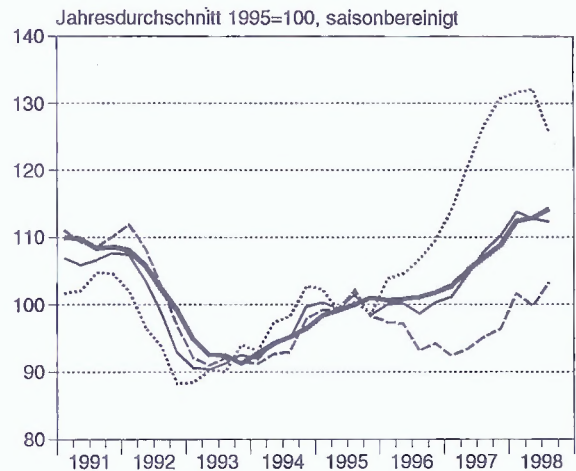
¹ Soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, werden bei der Analyse und Beschreibung konjunktureller Verläufe stets die von Kalenderunregelmäßigkeiten und Saisonschwankungen bereinigten Werte des Auftragseingangs bzw. der Produktion zugrundegelegt. Die Bereinigung erfolgt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Entwicklung von Auftragseingang und Produktion

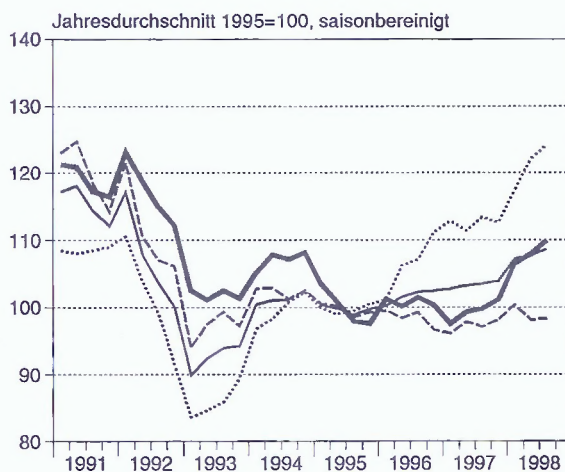
Vorprodukte und Grundstoffe



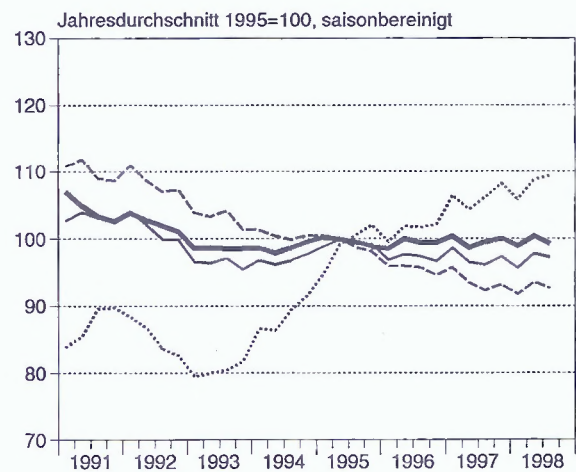
Investitionsgüter



Gebrauchsgüter



Verbrauchsgüter



— Auftragseingang insgesamt --- Auftragseingang Inland

..... Auftragseingang Ausland — Produktion

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 98

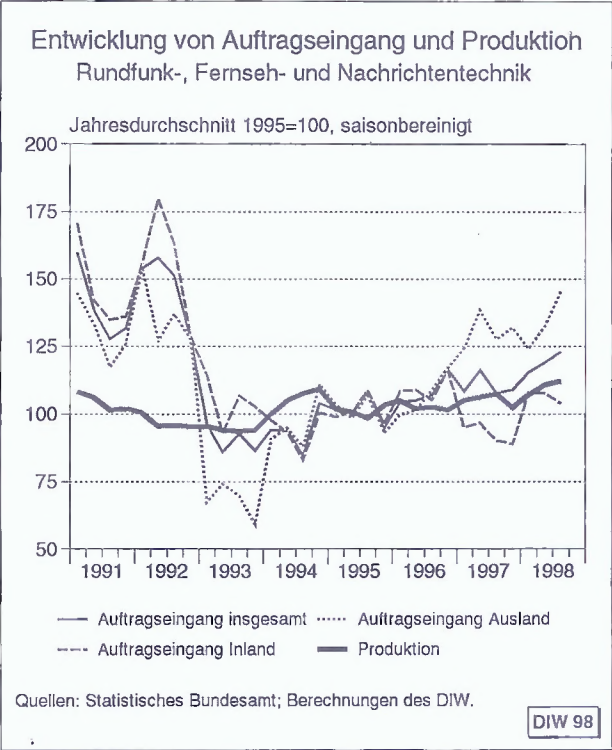
Vorleistungssektor: Ordereingänge nehmen ab

Grundstoff- und Produktionsgüter werden zu rund 16 % in der chemischen Industrie erzeugt, und hier hat die Konjunktur in den letzten Monaten weiter deutlich an Dynamik verloren. Der Rückgang der Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen, der bereits zu Beginn des Jahres eingesetzt hatte, hielt im dritten Quartal an. Inlandsorder wie Auslandsorder sind gleichermaßen von dem konjunkturellen Rückgang betroffen, so daß das Auftragseingangsvolumen insgesamt um knapp 2 % geringer war als im Vorquartal. Hohe Auftragsbestände haben es offensichtlich ermög-

licht, daß die Produktionstätigkeit nicht in gleichem Maße wie die Nachfrage abnahm.

Insbesondere die Asienkrise macht der deutschen Chemieindustrie zu schaffen. 11 % der Chemieexporte gehen nach Fernost, und diese Ausfuhren haben im ersten Halbjahr um 8 % abgenommen. Da rund 22 % aller Exporte der deutschen Chemiebranche in Dollar fakturiert werden, mußten die Hersteller zudem erhebliche Erlöseinbußen aufgrund des schwachen Dollars hinnehmen. Kaum Auswirkungen auf die Chemiekonjunktur hat dagegen die Wirtschaftskrise in Rußland. Nur 1,5 % aller Exporte der chemischen Industrie gingen 1997 dorthin.

Abbildung 3



Chemische Grundstoffe sind am stärksten vom Einbruch der Nachfrage betroffen. Das Volumen der Ordereingänge aus dem Ausland war im dritten Quartal um gut 10 % und das aus dem Inland um gut 3 % geringer als ein Jahr zuvor. Die Erzeugung von anorganischen und organischen Grundstoffen und Chemikalien wurde daher deutlich zurückgenommen. Die für den Absatz an die Bauindustrie bestimmte Produktion — ein nicht unbeachtlicher Zweig der Chemie — verharret weiterhin auf niedrigem Niveau; allerdings scheint sich hier allmählich eine Wende zum besseren anzubahnen, da das Ende der Baurezession abzusehen ist. Eine tragende Säule der chemischen Industrie ist die Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten, die auch im vergangenen Quartal zunahm, allerdings mit deutlich geringerem Tempo. Lacke und Farben für die Automobilindustrie und für den Maschinenbau sind nach wie vor stark gefragt.

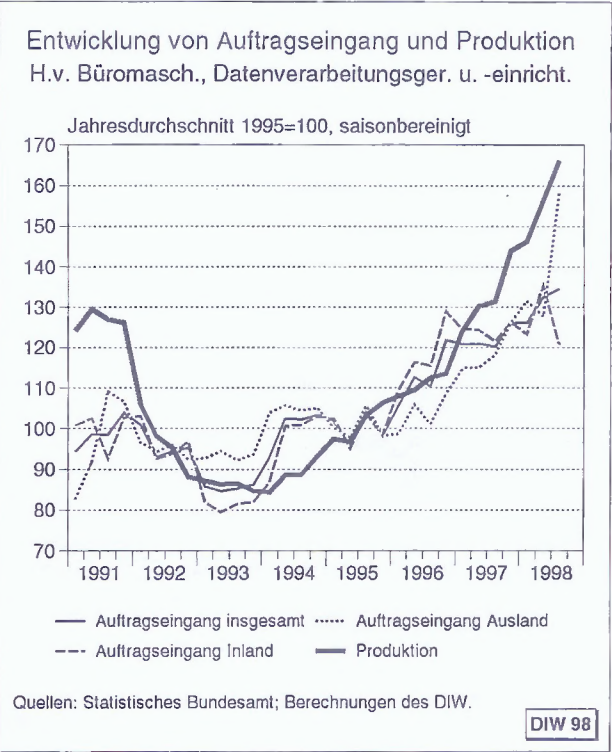
Metallerzeuger und Metallbearbeiter produzieren rund 10 % aller industriellen Vorprodukte. Die seit dem Sommer 1996 starke Expansion der Produktion in diesem Bereich setzte sich in diesem Jahr nur noch sehr verlangsamt fort. Die Nachfrage nach Metallerzeugnissen sowohl aus dem Inland wie auch aus dem Ausland ist seit Beginn des Jahres stark rückläufig, im wesentlichen bedingt durch einen drastischen Rückgang der inländischen aber insbesondere der ausländischen Nachfrage nach Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (—4 % bzw. —10 % im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahr). Dank hoher Auftragsbestände hat der Output von Roheisen und Stahl deutlich weniger abgenommen als der Auftragseingang.

Die deutsche Stahlindustrie leidet derzeit besonders unter billigen Importen von Warmbreitband, dem wichtigsten Massenprodukt sowie von Grob- und Feinblechen. Der Stahlmarkt in Fernost ist zusammengebrochen; die Preise sind um bis zu 40 % gesunken. Daneben ist die Stahlkonjunktur im Inland ins Wanken geraten, was — nach den Erfahrungen in der Vergangenheit — als Frühindikator für eine konjunkturelle Wende in der Investitionsgüterindustrie angesehen werden könnte. Die wichtigen industriellen Abnehmer wie auch der Stahlhandel dürften im vergangenen Jahr aus Furcht vor möglichen Produktionsengpässen der Stahlindustrie ihre Lager erheblich aufgestockt haben. Sie beginnen nun, die Stahlnachfrage wieder an die eigene Produktionstätigkeit anzupassen.

Die Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen — der Anteil am Produktionsvolumen der Metallherzeuger und -bearbeiter beträgt gut 16 % — war im Verlauf dieses Jahres ebenfalls stark rückläufig. Das Auftragsvolumen war im dritten Quartal um knapp 7 % (Inland —2,5 %, Ausland —12 %) geringer als ein Jahr zuvor. Die Produktion wurde nicht in gleichem Umfang zurückgenommen, weil auch hier noch Auftragsbestände abzarbeiten waren.

Die Gießereiindustrie — zu 60 % NE-Metall-Gießereien — ist direkter Zulieferer der Automobilindustrie und des Maschinenbaus. Rund ein Viertel ihrer Erzeugnisse exportiert sie. Dank reger Nachfrage insbesondere aus dem Inland konnten die Gießereien bis zuletzt ihren Output steigern (um 4 % gegenüber Vorquartal). Gegenüber dem ent-

Abbildung 4

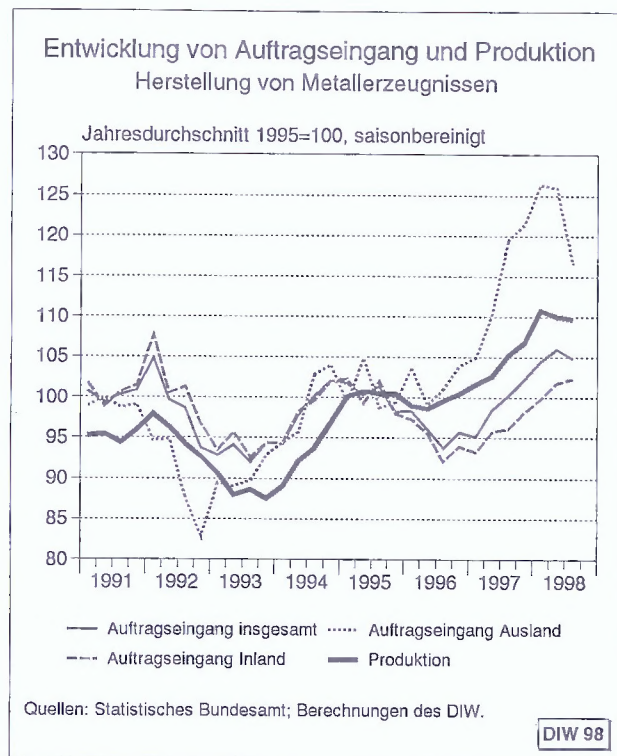


sprechenden Vorjahresquartal war das Produktionsvolumen um rund 15 % höher. Seit dem Sommer ist allerdings die Nachfrage aus dem Ausland rückläufig, und die Inlandsnachfrage, die auf hohem Niveau stagniert, kann diesen Ausfall nicht kompensieren, so daß mit einer Einschränkung der Produktion gerechnet werden muß.

Bei den Gummi- und Kunststoffwaren hat sich die Expansion der Produktion fortgesetzt. Das Produktionsvolumen war im dritten Quartal um knapp 10 % höher als ein Jahr zuvor. Die Erzeugung von Gummiwaren expandierte dabei etwas verhaltener als die der Kunststoffwaren. Die Nachfrage nach Gummi- und Kunststoffwaren hat sich allerdings in den Sommermonaten abgeschwächt. Die Auslandsnachfrage — die Exportquote beträgt gut ein Viertel — verminderte sich gegenüber dem Vorquartal um knapp 3 %. Das Inland fragte nur wenig mehr Gummi- und Kunststoffwaren nach. Impulse kamen vor allem aus der Autoindustrie, während Baubedarf und Konsumwaren nur sehr schwach expandierten.

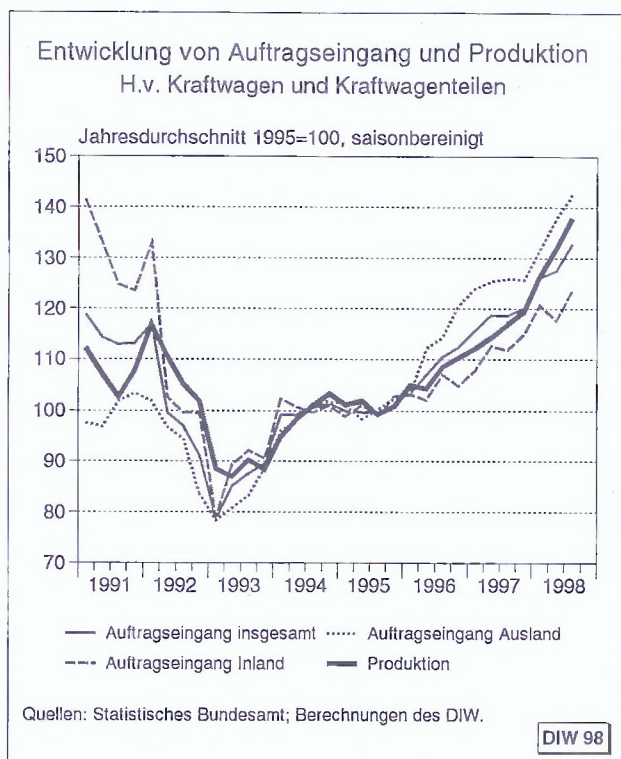
Auch das Textilgewerbe produziert fast nur Vorprodukte. Zu den Abnehmern zählen insbesondere die Automobilindustrie, die Möbelindustrie und die Bekleidungsindustrie. Die Textilindustrie setzt inzwischen ein knappes Drittel ihrer Produktion im Ausland ab; 1991 waren es 27 %. Bis Anfang 1997 schrumpfte die Produktion dieses Sektors um ein Viertel. Seitdem konnte das Textilgewerbe nur dank stark zunehmender Nachfrage des Auslands die Produktion konstant halten. Zu Beginn dieses Jahres haben sich

Abbildung 6



— erstmals seit 1991 — die Inlandsnachfrage und die Produktion etwas belebt, dies setzte sich bis ins dritte Quartal fort. Ursächlich dafür war neben der lebhaften Nachfrage der Automobilindustrie (Vliesstoffe und Baumwollstoffe) nun auch eine vermehrte Nachfrage der Polstermöbelindustrie, während der wichtige Abnehmer Bekleidungsgerbe weiterhin auf der Schattenseite steht.

Abbildung 5



Investitionsgütersektor: Auslandsnachfrage sinkt kräftig

Die konjunkturelle Entwicklung im Investitionsgütersektor war im Sommerhalbjahr durch einen deutlichen Rückgang der Auslandsnachfrage geprägt (–5 %). Der Auftragseingang aus dem Inland ist zwar weiter gestiegen, aber mit 1,5 % (nach 7 % im Winterhalbjahr) nur noch abgeschwächt. Insgesamt ging der Auftragseingang um gut 1 % (nach +5,5 %) zurück. Das Produktionswachstum folgte im Sommerhalbjahr dieser Entwicklung noch nicht und expandierte um 1,5 %. Immerhin war das Volumen aller erzeugten Ausrüstungsgüter im dritten Quartal um 7,4 % höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Vorquartal steigerten die Investitionsgüterproduzenten ihre Produktionstätigkeit um gut 1 %.

Beim Maschinenbau — dem bedeutendsten Investitionsgüterhersteller — war die Produktionstätigkeit im Durchschnitt des Berichtszeitraumes zwar höher als im Vorquartal, in den beiden letzten Monaten sank sie aber kräftig (–3 %).

Auftragseingang und Produktion im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Sektoren	Struktur ¹⁾ 1997	Index 1997	Produktion ²⁾ Veränderungen in %		Export- quote ³⁾ 1997	Auftragseingang ⁴⁾ Veränderung in % gegenüber Vorjahr		
			gegenüber Vorjahr			Insgesamt III 1998	Inland III 1998	Ausland III 1998
			1997	III 1998				
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾	100,0	103,7	3,7	5,0	31,9	2,0	4,1	−1,0
Produzentengruppen ⁶⁾								
Vorleistungsgüterproduzenten	47,4	104,3	5,5	4,2	28,2	−0,4	1,9	−4,6
Investitionsgüterproduzenten	28,8	106,0	4,5	7,4	47,2	4,6	9,4	−0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	8,0	99,6	−1,4	11,3	26,5	5,5	1,2	11,0
Verbrauchsgüterproduzenten	15,7	99,8	0,0	−0,3	15,4	1,1	0,2	3,1
Abteilungen der WZ93:								
Kohlenbergbau	1,6	88,4	−4,2	−8,3	—			
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u.								
Erden, Sonstiger Bergbau	0,6	95,4	−0,7	−4,0	8,1			
Ernährungsgewerbe	8,0	102,6	0,7	−2,1	11,1			
Tabakverarbeitung	0,3	94,6	−2,4	5,3	9,4			
Textilgewerbe	1,3	90,3	−0,6	1,5	30,4	−0,2	−0,7	0,9
Bekleidungsgewerbe	0,8	85,5	−7,6	−5,6	25,7	1,8	−0,7	8,1
Ledergewerbe	0,3	89,1	−0,8	−4,2	24,2	−2,0	−0,7	−6,2
Holzgewerbe ohne Möbelherstellung	1,8	98,1	2,0	0,1	11,0	−1,8	−2,2	2,1
Papiergewerbe	2,1	101,9	2,8	2,5	32,7	−5,1	−2,9	−9,3
Druckereigewerbe	5,0	105,1	3,4	4,0	6,1	3,8	3,9	3,5
Kokerei, Mineralölverarbeitung	0,5	101,2	−3,2	5,1	3,2			
Chemische Industrie	10,7	106,6	5,0	−0,3	45,8	−3,5	−1,0	−6,1
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	4,7	101,7	7,5	6,6	26,5	2,1	2,1	2,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung								
von Steinen u. Erden	4,2	95,5	−0,2	1,8	16,1	−1,3	0,1	−5,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung	4,5	103,8	9,7	1,7	35,6	−8,1	−4,0	−15,1
Herstellung v. Metallerzeugnissen	8,5	103,4	4,3	4,0	20,1	4,2	6,0	−3,0
Maschinenbau	14,3	104,0	3,9	5,1	46,8	−5,7	0,5	−11,9
Herstellung v. Büromaschinen,								
DV-Geräten u. -Einrichtungen	1,3	130,8	18,3	28,3	38,6	12,0	−2,0	41,5
Herstellung v. Geräten der								
Elektrizitätserzeugung u. -verteilung	7,3	103,1	2,8	3,5	34,3	−0,8	2,6	−6,7
Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	2,0	104,1	2,4	4,2	48,9	13,7	12,8	14,4
Medizin-, Meß-, Steuer- u. Regeltechnik, Optik	3,1	103,6	1,3	8,6	40,3	3,6	3,7	3,7
Herstellung v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	12,9	114,6	7,7	19,1	52,1	12,7	11,8	13,6
Sonstiger Fahrzeugbau	1,4	92,0	−0,7	10,9	48,0	23,8	62,5	−7,9
Herstellung v. Möbeln, Schmuck,								
Musikinstrumenten etc.	2,7	94,5	−2,8	2,3	18,8	2,1	2,6	−0,3

¹⁾ Anteile in % am der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes insgesamt. — ²⁾ Index der Produktion, 1995 = 100, kalendermonatlich (Segment 4206). — ³⁾ Auslandsumsatz in % des jeweiligen Sektors (Segment 5511). — ⁴⁾ Volumenindex 1995 = 100, kalendermonatlich (Segment 5262). — ⁵⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. — ⁶⁾ Die Produzentengruppen sind die Zusammenfassung aller WZ93-Klassen gleicher Güterkategorie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

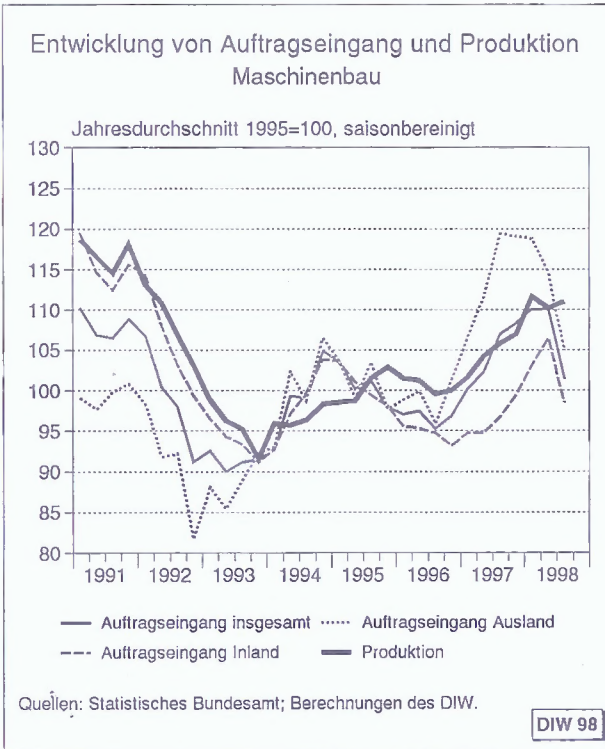
Der Maschinenbau hatte deutliche Nachfragerückgänge auf praktisch allen wichtigen Überseemärkten zu verzeichnen. Im September nahm der Auftragseingang aus dem Ausland beträchtlich ab, so daß es im dritten Quartal zu einem saisonbereinigten Rückgang des Auftragseingangsvolumens um 8 % gegenüber Vorquartal kam. Die Inlandsorders schrumpften ebenfalls sehr stark (-8 % gegenüber Vorquartal).

Der Werkzeugmaschinenbau, mit gut 17 % an der Wertschöpfung des gesamten Maschinenbaus beteiligt, war bis weit in das Jahr 1997 hinein mit einer rezessiven Entwick-

lung der Nachfrage konfrontiert gewesen, seither steigert er seine Produktionstätigkeit. Das Produktionsvolumen war im dritten Quartal um knapp 10 % höher als ein Jahr zuvor.

Ein weiterer größerer Bereich des Maschinenbaus ist — mit einem Produktionsanteil von rund 13 % — die „Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige“. Die Erzeugnisse finden u. a. Verwendung bei der Stahlerzeugung, der Gummi- und Kunststoffverarbeitung, der automatischen Montagetechnik und Handhabung sowie in der Druckindustrie.

Abbildung 7



Die deutschen Hersteller von Maschinen für die Kunststoffverarbeitung sind auf dem Weltmarkt führend. Vom gesamten Marktvolumen von 28 Mrd. DM deckten die deutschen Produzenten rund 13 % ab. Der Exportanteil der Kunststoffmaschinenbauer liegt bei 77 %. Die Krise in Asien hat sich auch in diesem Bereich sehr negativ bemerkbar gemacht. Der Anteil der Lieferungen in diese Region schrumpfte von knapp 28 % auf nunmehr 22 %. Weiterhin gut lief das Inlandsgeschäft.

Hersteller von Maschinen für die Metallerzeugung, von Walzwerkseinrichtungen und Gießmaschinen zählen zu den Großanlagenbauern des Maschinenbaus. Auch sie sind von der Asienkrise nachhaltig betroffen. Komplettanbieter und Technologieführer für Hochöfen, Stranggießtechnik, Stahl- und Walzwerke befürchten einen weitgehenden Ausfall des Asiengeschäfts über mehrere Jahre. Die Projektstätigkeit in dieser Region ist im Augenblick fast zum Erliegen gekommen. Allerdings verfügt die Branche noch über sehr üppige Auftragsbestände, so daß der Einbruch des Asiengeschäfts produktionsmäßig noch nicht zum Tragen kommt.

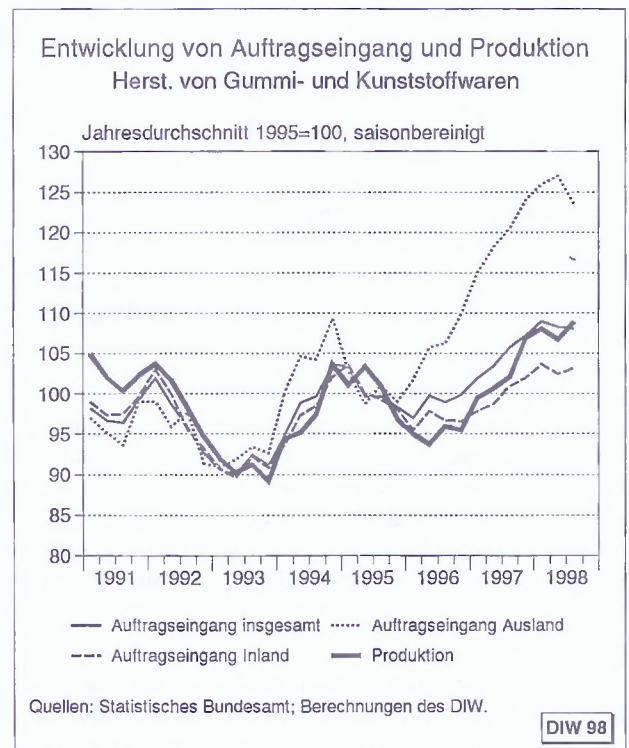
Im gesamten Bereich „Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige“ nahm die Produktion im Berichtsquartal nach einem Rückgang im zweiten Vierteljahr wieder deutlich zu und übertraf das vorjährige Volumen um gut 12 %. Maschinen, die in der Konsumgüterherstellung und in der Bauwirtschaft Verwendung finden, sind nach wie vor wenig gefragt. Die Herstellung von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe verharrt

auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Produktion von Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen sowie von Maschinen für die Tabakverarbeitung ist weiterhin rückläufig.

Rund 11 % aller im verarbeitenden Gewerbe hergestellten Investitionsgüter sind Maschinen und Geräte der Medizin-, Mess-, Regelungs- und Steuerungstechnik. Im vergangenen Jahr hat ein verstärkter Auftragseingang aus dem Ausland (Exportquote 39 %) eine Wende in der Entwicklung der Produktion gebracht. Die leichte Belebung der Inlandsnachfrage, die vom letzten Quartal 1997 an zu beobachten war, setzte sich bis zuletzt fort. Die Produktion stieg seit Mitte des vergangenen Jahres ohne Unterbrechung mit durchschnittlich 2 % je Quartal und das Volumen der erzeugten Waren war im Berichtsquartal um immerhin 11 % größer als ein Jahr zuvor.

Die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen expandiert nun bereits seit knapp fünf Jahren kräftig, mit durchschnittlich 14 %; die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen allein expandierte noch rascher. Neue Anwendungsfelder im gewerblichen, öffentlichen und im privaten Bereich sowie fallende Preise bei steigender Leistungsfähigkeit der Produkte stimulierten die Nachfrage. Auch ein immer kürzerer Produktzyklus bei der Hardware, gefolgt von auf die Geräte zugeschnittener leistungsfähigerer Software, regte die Nachfrage an. Im gewerblichen Bereich hat der Übergang zum nächsten Jahrtausend zu erhöhten Investitionen in Software, aber sicherlich auch in Hardware, Anlaß gegeben.

Abbildung 8



Gebrauchsgüterproduktion insgesamt gestiegen

Die Produzenten von Gebrauchsgütern tragen von Jahr zu Jahr weniger zur Gesamtproduktion des verarbeitenden Gewerbes bei, inzwischen sind es nur noch knapp 7 %. Dies ist Folge des starken Importdrucks aus Niedriglohnländern und der seit Jahren anhaltenden Schwäche des privaten Verbrauchs im Inland. Allerdings gelingt es vielen Unternehmen, sich durch Spezialisierung am Weltmarkt zu behaupten. Bei wichtigen Herstellern von Gebrauchsgütern, elektrischen und nicht elektrischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie phono- und videotechnischen Geräten und bei Möbeln, insbesondere bei der Erstausrüstung von Wohnungen (Küchenmöbeln), zeigte sich eine leichte Belebung. Bei steigender Exportquote hat das Ausland in diesem Jahr zur Ausweitung der Produktion beigetragen. Die Gebrauchsgüterproduktion — allerdings einschließlich der von Automobilen — expandierte in den letzten Quartalen mit knapp 2 % und war im dritten Quartal gut ein Zehntel höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Während sich bei den meisten Gebrauchsgüterherstellern nur eine bescheidene konjunkturelle Erholung bemerkbar machte, erfreut sich die Automobilindustrie nun schon im dritten Jahr nacheinander einer sehr dynamischen Expansion der Nachfrage. Die Zunahme der Auslandsnachfrage war in diesem Jahr mit durchschnittlich 5 % je Quartal weit stärker als in den Jahren zuvor. Das Auftragsvolumen war im dritten Vierteljahr um 16 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Inlandsnach-

Abbildung 10

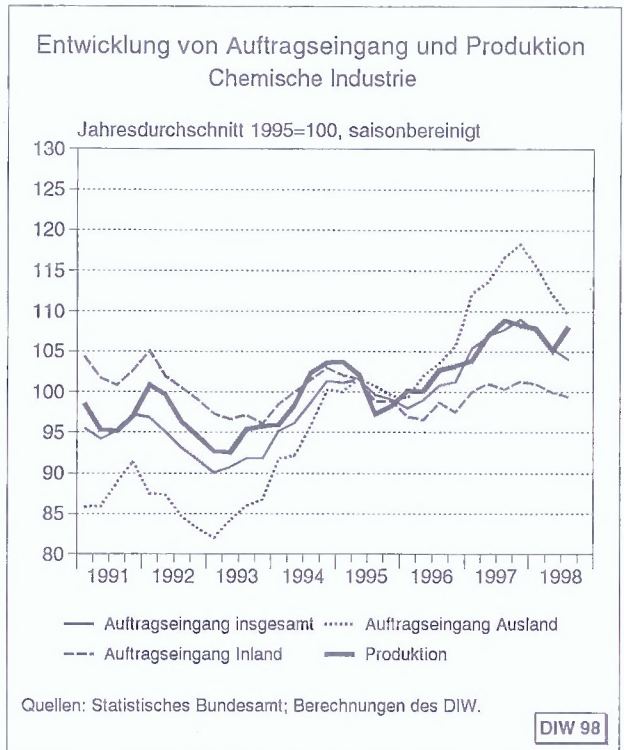
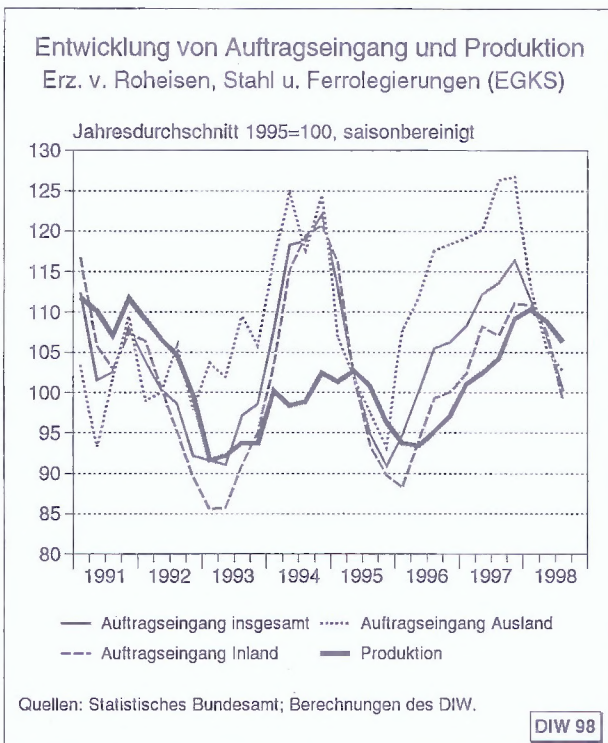


Abbildung 9



frage entwickelte sich etwas verhaltener. Wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. April war es zu starken Vorzieheffekten gekommen (erstes Quartal: +3 %, zweites Quartal: -6 %, drittes Quartal: +6 %, jeweils gegenüber Vorquartal). Schaltet man diese aus, dann nahm die Inlandsnachfrage nach Automobilen von Quartal zu Quartal um durchschnittlich etwa 1 % zu.

Das Wachstum der Produktion hat sich in diesem Jahr gegenüber 1997 deutlich erhöht. In den ersten neun Monaten wurden rund 12 % mehr Kraftwagen fertiggestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (1997: 6 %). Im dritten Quartal war das Produktionsvolumen sogar um rund 16 % größer als ein Jahr zuvor. Außerordentlich hoch war das Septemberergebnis mit 535 700 Einheiten (+18 % gegenüber Vorjahr); noch nie sind in einem Monat mehr Fahrzeuge hergestellt worden. Trotz der starken Outputsteigerungen blieb ein dickes Auftragspolster von 717 000 Einheiten erhalten, es ist um rund 200 000 Einheiten höher als üblich.

Verbrauchsgüterhersteller: Keine Belebung

Auf der Schattenseite der Konjunktur befinden sich nach wie vor die klassischen Verbrauchsgüterhersteller. Diese spüren die verhaltene Einkommensentwicklung bei den privaten Haushalten besonders deutlich. Hinzu kam die in den letzten Monaten nachlassende Dynamik der Auslands-

nachfrage. Bei Konsumgütern des gehobenen Bedarfs hat der Ausfall des russischen Marktes zu Buche geschlagen.

Die allgemeine Nachfrageschwäche trifft vor allem das Ernährungsgewerbe, die Hersteller von chemischen Verbrauchsgütern wie Pharmazeutika und Seifen-, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln sowie das Bekleidungs- und Ledergewerbe. Diese profitierten zwar vorübergehend von der Verringerung des Außenwerts der D-Mark, doch konnte bei dem geringen Ausfuhranteil (28 %) die stetig zurückgehende Nachfrage der inländischen privaten Haushalte nicht durch vermehrte Ausfuhr ausgeglichen werden.

Der Nahrungsmittelindustrie gelang es noch am besten die Schwäche der Inlandsnachfrage durch vermehrte Ausfuhren auszugleichen. Der Exportanteil am Umsatz stieg auf über 16 %, 70 % der Ausfuhren gingen dabei in Länder der Europäischen Union. Wichtigste Abnehmer waren die Niederlande und Italien. Rußland war in letzter Zeit für die deutsche Nahrungsmittelindustrie zu einem immer wichtigeren Abnehmerland geworden; die Ausfuhr dorthin stieg 1997 mit zweistelligen Raten. Seit Ausbruch der Krise ist sie aber fast völlig zum Erliegen gekommen. Dies hatte spür-

bare Auswirkungen auf die deutsche Nahrungsmittelproduktion. Sie ist seit Beginn des Jahres leicht rückläufig.

Ausblick auf das vierte Quartal

Mit Beginn des Jahres haben die Exporte als treibende Kraft der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland zunehmend an Bedeutung verloren, in den letzten Monaten sind sie bereits rückläufig gewesen. Für die kommenden Monate muß damit gerechnet werden, daß sich diese Tendenz noch verschärfen wird, da sich dann erst die Sekundäreffekte der Krisen in Asien, Lateinamerika und Rußland auswirken werden. Hinzukommt, daß die Verbrauchskonjunktur im Inland angesichts weiterhin unsicherer Einkommenserwartungen vorläufig schwach bleibt und damit von dieser Seite ein Ausgleich für die Exportverluste nicht zu erwarten ist. Angesichts dieser Entwicklung und bereits sinkender industrieller Kapazitätsauslastung wird auch die Investitionstätigkeit in Deutschland spürbar gedämpft verlaufen. Alles dies könnte dazu führen, daß die Industrieproduktion im letzten Jahresviertel insgesamt bereits sinken wird, dabei werden die noch immer hohen Auftragsbestände den Rückgang zunächst noch bremsen.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 3. Dezember 1998

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettli, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Zur geplanten Einkommensteuerreform 2002: Nachbesserungen notwendig. Bearbeitet von Bernhard Seidel und Dieter Teichmann. —
*Konjunkturelle Entwicklung schwächt sich weiter ab — Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1998.* Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz. —
Verarbeitendes Gewerbe: Aufschwung deutlich verlangsamt. Bearbeitet von Arthur Boneß.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
						Verarbeitendes Gewerbe					Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter- produzenten					
															Insgesamt		Inland		Ausland
		in 1000				1995 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1996	J	3808		325		98,4		97,6		99,9		97,5		98,9		100,9		98,3	
	F	3888	3876	323	325	96,9	97,9	94,8	96,2	100,6	101,0	94,9	96,1	99,6	99,9	98,7	100,2	94,7	96,8
	M	3934		330		98,4		96,1		102,4		95,8		101,2		100,9		97,5	
	A	3921		332		98,7		96,6		102,4		97,7		99,6		100,9		97,6	
	M	3932	3935	329	330	98,9	99,2	95,5	96,9	105,1	103,4	98,6	98,3	98,6	100,1	101,9	101,5	98,3	97,7
	J	3953		331		100,1		98,5		102,8		98,6		102,1		101,6		97,1	
	J	3979		327		99,8		96,2		106,1		99,5		100,0		101,8		96,6	
	A	4003	4005	324	326	100,5	99,8	97,3	96,6	106,2	105,5	100,8	100,4	99,6	98,6	104,0	102,3	97,1	97,3
	S	4035		328		99,1		96,2		104,3		100,8		96,2		101,1		98,3	
	O	4076		330		101,6		97,6		108,8		101,9		101,6		103,6		96,7	
	N	4120	4114	329	330	101,0	101,0	96,0	96,7	110,3	108,8	101,9	101,8	100,5	100,3	102,4	102,4	96,3	96,6
	D	4147		333		100,3		96,4		107,2		101,7		98,8		101,3		96,9	
1997	J	4261		330		102,1		96,0		113,1		103,1		101,6		102,4		97,6	
	F	4263	4263	332	328	103,1	102,9	97,5	97,0	113,3	113,6	105,6	104,9	100,6	101,1	102,7	102,7	99,8	98,6
	M	4266		325		103,4		97,4		114,3		106,0		101,1		103,1		98,4	
	A	4313		320		104,7		97,8		117,2		105,8		105,4		102,8		96,8	
	M	4375	4365	322	323	104,3	104,8	98,1	97,9	115,6	117,3	106,3	106,8	103,9	104,4	102,5	103,2	96,0	96,5
	J	4409		327		105,5		97,9		119,1		108,4		103,8		104,2		96,6	
	J	4439		333		105,9		99,0		118,4		108,8		104,7		103,5		96,6	
	A	4471	4466	342	340	106,7	107,0	98,7	99,0	121,3	121,6	108,5	109,0	108,0	107,8	102,2	103,5	96,0	96,1
	S	4491		346		108,5		99,3		125,1		109,7		110,7		104,8		95,6	
	O	4495		354		108,3		100,1		123,1		110,3		109,7		103,2		96,0	
	N	4493	4498	360	359	108,8	109,1	101,1	100,7	122,4	124,1	111,6	111,2	108,7	110,1	103,4	103,9	97,5	97,3
	D	4507		367		110,2		101,0		126,7		111,7		112,0		105,2		98,3	
1998	J	4420		374		109,9		103,1		122,2		111,2		112,3		105,8		95,3	
	F	4419	4421	387	388	111,0	110,5	103,6	103,3	124,1	123,6	111,0	111,2	114,7	113,7	108,3	107,1	96,2	95,6
	M	4424		405		110,7		103,1		124,4		111,3		114,0		107,3		95,2	
	A	4391		425		110,2		102,7		123,6		111,4		111,3		109,5		97,1	
	M	4320	4326	440	435	110,8	110,2	103,2	102,4	124,4	124,1	111,1	110,6	114,0	112,8	107,6	107,7	97,1	97,8
	J	4269		441		109,6		101,4		124,2		109,4		113,0		106,0		99,1	
	J	4224		442		109,8		103,0		122,1		109,0		113,3		109,5		98,5	
	A	4189	4184	449	445	108,7	109,1	102,9	102,9	119,3	120,4	108,9	108,8	111,0	112,3	107,6	108,6	98,6	97,2
	S	4142		446		108,9		102,9		119,8		108,4		112,6		108,8		94,4	
	O	4093		444															
	N																		
	D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr			
			in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1996	J	6780		99,7		101,5		100,5		98,3		94,5		99,7		64,4		57,5		
	F	6749	6748	98,4	98,9	100,5	100,6	101,5	101,2	98,5	98,5	82,3	88,3	101,6	100,4	63,0	190,7	54,6	168,0	
	M	6716		98,5		99,9		101,7		98,6		88,2		100,0		63,2		55,9		
	A	6690		98,9		101,0		99,2		100,1		94,1		100,7		65,2		57,6		
	M	6665	6663	99,5	99,1	100,8	100,7	101,5	100,0	99,9	99,9	95,3	94,8	99,8	99,8	64,0	192,9	55,7	170,4	
	J	6636		98,9		100,4		99,4		99,8		94,9		98,8		63,6		57,1		
	J	6610		99,0		100,0		100,2		98,8		95,0		101,1		66,3		57,0		
	A	6585	6586	100,6	100,0	101,6	101,1	103,7	101,4	99,5	99,4	94,7	94,9	101,7	100,7	65,9	197,2	57,2	171,9	
	S	6564		100,5		101,8		100,4		99,8		94,9		99,3		65,0		57,8		
	O	6542		100,5		101,7		100,7		99,5		93,3		100,5		68,2		58,4		
1997	N	6521	6523	101,0	100,6	102,6	101,8	100,3	100,2	99,7	99,4	91,4	93,3	101,1	100,2	67,7	203,5	59,0	177,3	
	D	6506		100,4		101,1		99,5		99,0		95,1		98,9		67,6		59,8		
	J	6480		100,7		102,7		99,5		99,8		86,6		101,0		68,2		59,8		
	F	6466	6465	101,7	101,5	102,9	102,7	97,4	97,5	100,3	100,3	95,1	92,0	98,7	99,4	70,5	211,0	62,3	185,0	
	M	6449		102,0		102,4		95,6		100,8		94,2		98,4		72,4		62,9		
	A	6436		102,5		104,6		101,1		97,9		91,7		100,1		69,1		60,0		
	M	6420	6422	102,0	103,0	103,6	105,1	95,5	99,2	99,0	98,6	87,8	89,7	99,3	100,0	73,7	217,0	65,4	188,4	
	J	6412		104,4		107,1		101,1		99,0		89,6		100,7		74,2		63,0		
	J	6403		105,0		107,5		102,4		99,7		89,4		99,2		74,2		64,9		
	A	6395	6395	103,5	104,4	105,6	106,9	96,4	99,7	99,3	99,5	87,1	88,3	97,1	98,8	75,3	226,8	66,2	196,6	
1998	S	6389		104,7		107,5		100,3		99,4		88,3		100,0		77,2		65,4		
	O	6386		105,8		108,5		100,5		99,6		88,5		100,9		75,7		66,8		
	N	6382	6382	106,1	106,4	108,4	108,8	101,3	101,1	99,7	100,1	88,6	88,1	97,5	99,6	78,0	232,2	67,8	201,0	
	D	6378		107,2		109,5		101,5		100,9		87,1		100,4		78,6		66,3		
	J	6396		107,7		109,6		102,1		100,1		95,6		98,9		78,7		68,1		
	F	6393	6396	108,4	108,5	111,9	112,3	107,1	106,4	98,5	98,9	89,1	89,7	99,5	99,9	79,0	235,3	67,0	201,0	
	M	6399		109,4		115,5		110,0		98,1		84,3		101,3		77,6		65,8		
	A	6403		109,1		112,3		105,8		101,3		80,6		99,5		83,3		71,6		
	M	6404	6404	110,3	109,3	114,6	112,8	111,3	108,0	99,8	100,3	83,1	81,7	100,0	99,5	78,6	241,6	65,1	206,1	
	J	6406		108,4		111,5		106,8		99,8		81,3		98,9		79,8		69,3		
1999	J	6413		109,7		114,4		108,6		99,9		82,0		101,3		79,9		67,7		
	A	6418		110,1	109,6	114,6	114,2	110,0	110,0	99,4	99,2	82,1	81,4	100,0	100,3	78,6		67,3		
	S			109,1		113,5		111,3		98,2		80,1		99,7						
	O																			

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.